

der für Christus gewinnen zu können, daß der Priester sich gleichsam seines Priestertums entäußert und ganz in das Milieu der Abgewandten, etwa in die Existenzweise eines Industriearbeiters eingeht, ohne dabei an die abgesonderte Lebensweise zu denken, die seine priesterliche Würde mit allen den notwendigen Übungen der Frömmigkeit und der Betrachtung erfordert. Alle diese Tätigkeiten gehen an der zentralen Verpflichtung vorbei, die Heiligkeit des Hohenpriesters Christus darzustellen und dabei auch immer ein erkennbares Organ der Kirche und des Bischofs zu bleiben.

3. Die Gläubigen sind dem wahren Verständnis der hohen Würde des Priester- und Ordensstandes durch andere Motive entfremdet. Zum Teil wirkt ein Mißverständnis der Priester selber mit, wenn diese — vor allem im Ordensstande — viel Arbeit auf ihre Existenzsicherung oder auf die Ausbreitung ihrer Gründungen verwenden, oft an den Bedürfnissen der Pfarreien vorbei. Oder wenn die Priester mehr als Repräsentanten der akademischen Bildungsschicht erscheinen oder gar als eine Art Sittenbehörden angesehen werden. Man kann den Priester aber auch zu sehr herabziehen und ihn zu einem Bedienten ausgedehnter, liturgisch nicht immer vorgesehener religiöser Bedürfnisse der Gläubigen machen, zu einer Art geistlichem Versicherungsbeamten für Tote und Lebende, der sich aber hüten muß, den Fortgang des säkularisierten Lebens durch seine Einmischung zu stören. Man kann den Priester auch auf falsche Weise erhöhen und von sich entfernen, so daß er von der Einwirkung auf das geistliche Leben seiner Pfarrkinder geradezu abgeschnitten wird, indem man ihn sozusagen monophysitisch als ein höheres Wesen betrachtet, dem man mit Scheu begegnen muß. Zu dieser falschen Isolierung des Priesters, der doch auch im Amt des Hauptes ein Glied des mystischen Leibes Christi ist, trägt schließlich eine einseitig hierarchische Vorstellung von der Kirche bei. Die Kirche, die zwar auf der von Christus eingesetzten und von ihm ständig erneuerten, durch den Heiligen Geist geleiteten Hierarchie beruht, erscheint dann mehr als priesterliche Organisation. Die Kirche ist aber, nachdem sie aus dem Priestertum entstand, auch zu einer Gemeinschaft der Gläubigen geworden. Der Priester, der von seinem Bischof in diese Gemeinschaft entsandt wird, findet den mystischen Leib Christi hier schon vor. Er selber hat ihn nicht begründet, er kann ihn nur pflegen, erhalten und zum Wachsen bringen, aber er ist nur ein hervorragender Teil dieses Leibes und mit Christus seinen Brüdern gleich, als Glaubender wie als Sünder. Die hohe Würde des Priestertums ist niemals eine Gabe der Gemeinde, aber sie wäre sicher besser verstanden und vielleicht mehr geachtet und im Gebet getragen, wenn sie inmitten des Glanzes erstrahlt, den die heilige Taufe und Firmung dem allgemeinen Priestertum der Gläubigen verleiht.

4. Das rechte Verständnis der hohen Würde des Priester- und Ordensstandes und damit verbunden eines Lebens der Jungfräulichkeit um des Reiches Gottes und der Gottesliebe willen wird sich dann wieder in reicherm Maße einstellen, wenn Priester und Gläubige mehr davon erfüllt sind, daß Christen in dieser Welt Fremdlinge sind und daß sie hier das verborgene Leben der zukünftigen Welt, den Anbruch der Auferstehung so weit wie möglich aufstrahlen lassen sollen. Denn auch der Auferstandene verlangte nicht nur Glauben, er gab den recht kleinmütigen Aposteln Gelegenheit, seinen verklärten Leib zu schauen, ja zu betasten. Dürfen wir von den heutigen Menschen mehr

Glauben fordern als die Apostel aufbrachten, die jahrelang mit Jesus zusammenlebten? Wenn wir dies beachten, Priester wie Gläubige, dann wird sich der Priester nicht als Funktionär einer anspruchsvollen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft fühlen, die in Konkurrenz mit anderen Gemeinschaften sich aller erlaubten Mittel weltlicher Propaganda bedient. Er wird sich bei der Entfaltung seiner priesterlichen Tätigkeit ganz und gar auf die Gnade seines Amtes, aber auch auf die vielfachen Gnadengaben stützen, die ihm bereits innerhalb seiner Pfarrgemeinde von Christus zugeführt werden und die er nun in rechter Weise in Dienst stellen sollte. So wie der ganze Christus Er und wir sind, so ist die ganze Würde des Priestertums im Haupte und den Gliedern dargestellt.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Wohnwünsche in der Bundesrepublik Das Deutsche Volksheimstättenwerk hat im Mai vergangenen Jahres zum ersten Male eine Repräsentativbefragung über die Wohnverhältnisse und Wohnungswünsche in der Bundesrepublik veranlaßt. Seit längerer Zeit war man sich darüber im klaren, daß die aus der Not der Jahre geborene Wohnbaupolitik der „großen Zahl“ in der zweiten Phase des Wiederaufbaus einer Politik weichen müsse, die den Wunsch nach Qualität berücksichtigt und vor allem nicht — wie häufig bisher — am wirklichen Bedarf vorbeibaut. Will man aber wissen, wie in Zukunft gebaut werden soll, dann muß man wissen, wie und wo wir wohnen wollen. Darüber gab es bislang nur Vermutungen, aber keine zuverlässigen Auskünfte.

Die Befragung, von der größten deutschen Bausparkasse, GdF Wüstenrot, großzügig finanziert, wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wohnungsbau, dem Deutschen Städtebund, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Landgemeindetag im Mai 1955 durch das Institut für Verbrauchsforschung der EMNID, Bielefeld, durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in der Broschüre: „Wie wollen wir wohnen? Wohnsituation und Wohnwünsche im Bundesgebiet“ (Köln, Oktober 1955, 32 S., 1.20 DM) veröffentlicht. Das Fachorgan der Katholischen Heimstatt-Bewegung, „Die Heimstatt“, hat mit Rücksicht auf die zweite Lesung des Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes in ihrem Dezemberheft, S. 395, die Hauptergebnisse der Untersuchung kurz zusammengefaßt und einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Befragt wurden in 182 Befragungsbezirken des gesamten Bundesgebietes insgesamt 2930 Personen im Alter zwischen 25 und 60 Jahren. (Der Stichprobenumfang übersteigt also ziemlich beträchtlich das 2000-Interviews-Niveau und gewährleistet damit eine erhöhte Zuverlässigkeit der Ergebnisse.) Daß Einzelpersonen und nicht Wohnungseinheiten und Haushaltungen befragt wurden, unterscheidet die Befragung von manchen anderen Erhebungen, erklärt auch einige zunächst nicht erwartete Ergebnisse. Die Untersuchung vermittelt aber gerade auf Grund dieser Auswahl einen wirklichen Querschnitt der Wohnwünsche aller Bevölkerungsschichten, also auch der in Deutschland zahlreichen Alleinstehenden und Untermieter.

Die Befragung ging so vor sich, daß die Interviewer die zu Befragenden zweimal besuchten. Beim ersten Besuch wurde eine spontane Entscheidung des Befragten darüber eingeholt, ob er in Zukunft lieber als Mieter oder als Eigentümer wohnen wolle. Zugleich wurde ihm ein Merkblatt ausgehändigt, das ihn über die verschiedenen Möglichkeiten des Wohnens und Bauens, vor allem der Finanzierung, unterrichtete. Beim zweiten Besuch hatte dann der Interviewer festzustellen, ob der Inhalt des Merkblattes bekannt war, so daß der Befragte auf die an Hand eines Fragebogens vorgebrachten Einzelfragen auch sinn gemäß antworten konnte.

Miete oder Eigentum?

51 Prozent aller Befragten entschieden sich auf die Frage „Wollen Sie künftig als Mieter oder Eigentümer wohnen?“ bereits beim ersten Besuch eindeutig für das Eigentum. Beim zweiten Besuch, also nach Überlegung an Hand des Merkblattes, erhöhte sich dieser Prozentsatz auf 54. Nur 45 Prozent der Befragten wollen künftig noch als Mieter wohnen. (Zur Zeit wohnen 77 Prozent der Befragten zur Miete, 22 Prozent als Eigentümer, ein Prozent machte keine Angaben.)

Motivierung

Die Befragung legte besonderes Gewicht darauf, die wesentlichen Gründe für die Entscheidung „Miete oder Eigentum“ kennenzulernen. Dabei stellte sich für die, die als Eigentümer wohnen wollen (22 waren bereits Eigentümer bzw. Erben), folgende Rangordnung der Motive heraus:

- 31 eigener Herr sein
- 10 persönliche Verhältnisse
- 8 Freude am Eigentum
- 6 schöneres Wohnen
- 6 anstatt Miete zahlen, lieber bauen
- 5 berufliche bzw. gewerbliche Gründe
- 3 Vorsorge für die Kinder
- 2 Ruhesitz bzw. Vorsorge für das Alter
- 2 Geld anlegen
- 2 früher einmal Eigentümer gewesen.

Der Wunsch, auf eigenem Boden als sein eigener Herr frei und unabhängig zu sein, kommentiert „Die Heimstatt“, steht mit rund 41 Prozent unter allen für das Eigentum angeführten Gründen an der Spitze. Nimmt man die verwandten Motive (Freude am Eigentum, früher einmal Besitzer gewesen) hinzu, so sind es rund 54 Prozent, die das Eigentum aus vorwiegend ideellen Gründen bejahen. Überraschend gering (17 Prozent) sind materielle Erwägungen, wie Mietersparnis, Geldanlage, Vorsorge für das Alter. 45 Prozent aller Befragten entschieden sich, wie gesagt, für die Mietwohnung. Eine positive Einstellung zu dieser Rechtsform des Wohnens war jedoch sehr selten. Nur 6 Prozent der an der Mietwohnung Interessierten waren mit der Mietwohnung zufrieden. Weitere 5 Prozent waren am Eigentum uninteressiert. 8 Prozent fühlten sich zu alt, um noch zu bauen oder ein Eigenheim zu erwerben. 15 Prozent entschieden sich aus persönlichen, beruflichen oder gewerblichen Gründen für die Mietwohnung. 20 Prozent hatten Angst vorm Ärger, dem Risiko und den Lasten, die ihrer Meinung nach ein eigenes Haus mit sich bringt. 30 Prozent, also die weitaus größte

Gruppe, waren jedoch „verhinderte Eigenheimler“, die sich aus Geldmangel mit einer Mietwohnung bescheiden müssen.

Einfamilien- oder Vielfamilienhaus?

Die zweite Frage, die gestellt wurde, betraf die Wohnform. Von den Befragten, sowohl Eigentümern wie Mietern, bewohnten bereits knapp die Hälfte eine der verschiedenen Formen des Einfamilienhauses. In Zukunft wollen aber drei Viertel der Befragten im Einfamilienhaus wohnen; 24 Prozent bevorzugen ein Mehrfamilienhaus. Auch die Mehrzahl der Mieter möchte nicht mehr im Mehrfamilienhaus wohnen. 57 Prozent derer, die künftig in Miete wohnen wollen, wünschen eine Wohnung im Einfamilienhaus, 38 Prozent eine Wohnung im zwei- bis viergeschossigen Mehrfamilienhaus, nur 5 Prozent wollen in noch mehrgeschossigen Häusern wohnen.

Von den Eigentumswilligen streben nur 7 Prozent eine Wohnung im eigenen Mehrfamilienhaus an (zur Zeit wohnen 24 Prozent der Eigentümer im Mehrfamilienhaus); 93 Prozent wünschen das Einfamilienhaus und zwar:

- 63 Prozent ein frei stehendes Einzelhaus,
- 16 Prozent innerhalb einer Kleinsiedlung,
- 10 Prozent ein Einfamilien-Doppelhaus,
- 4 Prozent ein Einfamilien-Reihenhaus.

Auch ein Garten gehört nach Ansicht von 79 Prozent aller Befragten zum Haus. Gartenfreunde sind vor allem die Landwirte (97), die Landarbeiter (89; gegenwärtig hat noch nicht einmal die Hälfte dieser Gruppe einen Garten) und die Selbständigen (79 Prozent).

Wohnortgröße und Wohnlage

„Die Heimstatt“ faßt das Ergebnis auf diese Frage wie folgt zusammen: „Die Vorliebe für das Wohnen in Klein- und Mittelstädten ist nach den Ergebnissen der Befragung unverkennbar.“ Gemeinden unter 2000 und zwischen 2000 und 5000 Einwohnern sind nicht so sehr beliebt. Jedenfalls nicht bei den Mietern, von denen immerhin noch 34 Prozent in der Großstadt wohnen wollen. Die „künftigen Eigenheimler“ verteilen sich ziemlich gleichmäßig mit ihren Wünschen auf alle Wohnortgrößen. Was die Lage der Wohnung in den Mittel- und Großstädten anbelangt, so will man nicht mehr im Zentrum oder in den ausgesprochenen Wohnvierteln innerhalb der Stadt wohnen, sondern wünscht sein Haus am Stadtrand oder in Vororten mit ländlichem Charakter. Von den befragten Großstädtern sind 60 Prozent bereit, für den (einfachen) Weg von der gewünschten Wohnung zur Arbeitsstätte eine halbe Stunde und länger in Kauf zu nehmen.

Wie groß soll die Wohnung sein?

Im Gegensatz zur heutigen Baupraxis der kleinen Wohnung bestätigt die Befragung den schon seit längerem bekannten Zug zur größeren Wohnung. „Die geäußerten Wünsche gehen über das bisher Erreichte weit hinaus.“ Heute leben noch mehr als die Hälfte aller Befragten in Wohnungen mit ein bis zu zwei Zimmern und Küche, davon 15 Prozent in Einraumwohnungen mit Küche oder Kochnische, 13 Prozent in einer Anderthalb- und 23 Prozent in einer Zweizimmerwohnung. Für die Zukunft wünschen sich nur noch ein Fünftel der Befragten solche kleine Behausungen. Am wenigsten gefragt sind Einraum-

wohnungen (3 gegen jetzt 15 Prozent), ebensowenig Anderthalbzimmerwohnungen mit Küche (5 gegen jetzt 13 Prozent). 13 Prozent (gegen jetzt 23) entschieden sich für die Zweizimmerwohnung. Dagegen streben 59 Prozent (gegen jetzt 36) eine familiengerechte Wohnung an, in denen zumindest Kinder verschiedenen Geschlechts getrennt schlafen können, und zwar wünschen 26 Prozent (gegen jetzt 16) eine Wohnung mit 2½ oder 3 Zimmern und ein Drittel der Befragten eine Wohnung mit mehr als 3 Zimmern und Küche.

Getrennt nach Mietern und Eigentümern ergibt sich folgendes Bild:

Von je 100 Befragten
wünschen neben Küche

	als Mieter	als Eigentümer
1 bis 2½ Zimmer	50	22
2½ oder 3 Zimmer	24	29
mehr als 3 Zimmer	20	44
keine Angaben machten	6	5

„Während also von den Mietwilligen jeder zweite sich mit 1 bis 2½ Zimmern begnügen will und 44 Prozent eine familiengerechte Wohnung (mindestens 2½ Zimmer und Küche), darunter nur 20 Prozent mehr als drei Zimmer anstreben, wünschen von den Eigenheimanwärtern fast drei Viertel (73 Prozent) eine familiengerechte Wohnung, darunter 44 Prozent eine Wohnung mit mehr als 3 Zimmern.“

Von Bedeutung für die gewünschte Wohnung ist natürlich das Einkommen. „Während bei einem Familieneinkommen (netto) bis zu 400 DM monatlich noch mehr als ein Drittel der Befragten glaubt, sich höchstens zwei Zimmer leisten zu können, und noch nicht ein Fünftel (18 Prozent) eine Wohnung mit mehr als 2 Zimmern anstrebt, wünschen bei einem höheren Einkommen fast die Hälfte aller Befragten (45 Prozent) eine Wohnung mit 3½ und mehr Zimmern und nur 10 Prozent eine Kleinwohnung bis zu 2 Zimmern.“

Mieten und finanzielle Aufwendungen

Von den Mietern zahlten zur Zeit der Befragung (Mai 1955) fast drei Viertel (72 Prozent) eine Miete von weniger als 50 DM monatlich; rund ein Viertel (27 Prozent) zahlten mehr als 50 DM. Für die gewünschte Mietwohnung will rund die Hälfte der Mietwilligen 50 und mehr DM zahlen, aber noch nicht ein Fünftel ist bereit, über 70 DM im Monat für Miete auszugeben. Von den künftigen Eigenheimwilligen wollen dagegen fast drei Viertel 50 DM und mehr im Monat an Lasten für das gewünschte Eigentum aufwenden. 43 Prozent sind bereit, eine Belastung von 70 DM und mehr monatlich zu tragen. „Schon hieraus wird ersichtlich, daß es sich bei den Wünschen der Eigenheimwilligen keineswegs um bloße Wunschträume handelt: Die Mehrzahl von ihnen ist sich durchaus bewußt, daß das Eigenheim eine größere Belastung mit sich bringt, und ist bereit, sie zu tragen. Dies wird auch durch die Bereitschaft zur Aufbringung einer Eigenleistung bestätigt.“ 58 bis 69 Prozent — je nach Einkommensstufen — der Eigenheimwilligen sind fest entschlossen, sich an der Finanzierung des gewünschten Eigentums mit einer Eigenleistung zu beteiligen. Nur 2 bis 3 Prozent der Befragten waren dazu nicht bereit. Von denen, die einen eigenen Beitrag leisten wollen, stellten 57 Prozent hier-

für einen Betrag von mehr als 5000 DM in Aussicht. 17 Prozent wollen mehr als 10000 DM aufbringen.

Auf Grund all dieser Ergebnisse glaubt die Zeitschrift der Katholischen Heimstatt-Bewegung folgern zu müssen, daß man den Eigenheimanteil am langfristigen Wohnungsneubaubedarf „auf mindestens zwei Drittel, vielleicht gar vier Fünftel schätzen“ darf. „Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob es genügen wird, wenn fortan nur die Mehrzahl aller Wohnungsneubauten als echte Eigentumsmaßnahmen durchgeführt werden. Das bisherige Verhältnis im öffentlich geförderten Wohnungsbau, wonach auf nur ein Eigenheim immer vier Mietwohnungen kamen — erst seit dem letzten Jahr hat sich hierin eine gewisse Wandlung angebahnt —, steht in einem so krassen Widerspruch zu den wirklichen Wohnwünschen der Bevölkerung, wie sie sich aus dieser Befragung ergeben haben, daß die Forderung durchaus berechtigt erscheint, zum Ausgleich der bisherigen Fehlleistungen zum mindesten für die nächsten Jahre das Verhältnis völlig umzukehren, so daß in Zukunft auf vier Eigenheime immer nur eine Mietwohnung gefördert werden dürfte — womit allerdings der gerade in letzter Zeit verstärkt geforderte unbedingte Vorrang des innerstädtischen Wiederaufbaus, vornehmlich also der zerstörten Zentren der Großstädte, schlechterdings nicht vereinbar ist.“

Die deutschen
Säkularinstitute der
„Frauen von
Schönstatt“ und
der „Hegge“

Auf unseren Bericht über die zur Zeit bestehenden oder im Entstehen begriffenen Weltlichen Institute (ds. Jhg., S. 142—146) haben wir von zwei deutschen

Gemeinschaften Zuschriften mit Berichtigungen erhalten, die wir um so lieber veröffentlichen, als wir dadurch Gelegenheit erhalten, nochmals auf diesen von Papst Pius XII. so nachdrücklich empfohlenen neuen Weg der evangelischen Räte im Dienste des Apostolats hinzuweisen. Der Verband der „Frauen von Schönstatt“ teilt uns mit:

Der Verband der Frauen von Schönstatt ist ein Glied des Schönstattwerkes und wurde von Joseph Kentenich SAC gegründet. Aus einer freien apostolischen Führerinnen-gemeinschaft, die nach dem Ersten Weltkrieg in Schönstatt entstand, entwickelte er sich zum Weltlichen Institut. Nachdem 1938 ein erster Satzungsentwurf erarbeitet worden war, fanden die Bestrebungen 1946 mit der Bestellung einer rechtskräftigen Leitung ihren Abschluß.

Die Mitglieder des Instituts bleiben mitten in der Welt und sind in allen Frauenberufen tätig. Über ihre Berufsarbeit hinaus betätigen sie sich auch außerberuflich in verschiedenen apostolischen Aufgaben: in den Gliederungen der Apostolischen Bewegung von Schönstatt, in Pfarrei und Diözese, wo sie durch Wort und Beispiel auch andere für apostolisches Denken und Handeln zu gewinnen suchen. Die Novizen werden in einem zweijährigen Noviziat, währenddessen sie ebenfalls in ihrem Beruf tätig bleiben, vorbereitet. In regelmäßigen Zusammenkünften pflegen die Mitglieder familienhafte Gemeinschaft und erhalten Erziehung und apostolische Schulung. Das Institut zählt gegenwärtig 420 Mitglieder, die zum größten Teil in Deutschland leben. Anfänge sind auch im Ausland gemacht. Sitz der Leitung: Haus Regina, Schönstatt b. Valendar/Rhein.

„Die Hegge“, Christliches Bildungswerk, mit der Anschrift: Die Hegge über Warburg/W., schreibt uns:

Die Hegge-Gemeinschaft wurde 1945 mit der Approbation des Erzbischofs von Paderborn als religiöse Gemeinschaft im Sinne der Säkularinstitute (jedoch noch ohne Definition als solches) gegründet. Die Kommunität umfaßt bisher zehn Frauen, die aus den verschiedensten Berufen (Wissenschaft, Schule, Hauswirtschaft) kommen und sich einer bestimmten Form der Bildungsarbeit zur Verfügung stellen. Zu den Aufgaben dieses Bildungswerkes gehört u. a. die (im engeren Sinn) katechetische Arbeit, in deren Rahmen religionspädagogische Kurse durchgeführt und mehrere Publikationen herausgebracht werden. Im übrigen richten sich die Bildungsbemühungen der Hegge an Menschen vieler Berufsgruppen und Gesellschaftsschichten, sie sind denen der Katholischen Akademie Hohenheim wie einiger Evangelischer Akademien vergleichbar.

Auflösung des Weltgewerkschaftsbundes Das österreichische Innenministerium als zuständige Aufsichtsbehörde hat überraschend am 4. Februar 1956 den 1951 nach der Ausweisung aus Paris nach Wien übergesiedelten und nach dem österreichischen Vereinsrecht gebildeten „Weltgewerkschaftsbund“ (WGB, vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 82) aufgelöst. Dem Generalsekretär L. Saillant wurde mitgeteilt, der WGB habe seinen Wirkungsbereich überschritten, die staatlichen Interessen Österreichs gefährdet und den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes nicht mehr entsprochen. Das Wiener Sekretariat, in dem führende kommunistische Gewerkschaftler aus vielen Ländern ständig beschäftigt oder vorübergehend geschult wurden, hatte in letzter Zeit immer größere Ausmaße angenommen und war zu einer kommunistischen Zentrale zur Lenkung der kommunistischen Propaganda im Ausland geworden. Bis zum Abzug der sowjetischen Besatzung und dem Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages hatten das Generalsekretariat und seine Mitglieder sogar exterritoriale Rechte.

Das Sekretariat des WGB hat gegen die Auflösung protestiert und sie als eine „unannehmbare Regierungseinschaltung in das Leben einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation“ bezeichnet, die auf Grund „gröblich gefälschter Briefe und Broschüren“ zustande gekommen sei. „Niemand kann der Tätigkeit einer Organisation ein Ende machen, welche 85 Millionen Anhänger zählt und die Solidarität zwischen den Arbeitern der kapitalistischen, der sozialistischen und der kolonialistischen Länder verwirklicht. Der WGB setzt seinen Kampf für den Frieden, die Freiheit und ein besseres Leben der Arbeiter der ganzen Welt fort.“ Da es gegen den Auflösungsbescheid jedoch kein Rechtsmittel gibt, hat das Sekretariat des WGB die ihm angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, ihre Korrespondenz vorerst an den Präsidenten des WGB, den Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, de Vittorio, zu richten (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 344).

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat sich hinter die Auflösung des WGB gestellt. „Wir haben immer darauf bestanden, daß er keine echte Gewerkschaftsorganisation ist, sondern eine Agentur des Kreml. Hoffen wir, daß er sich nun dorthin zurückzieht, wo er hingehört: hinter den Eisernen Vorhang.“

Das Wiener Exekutivkomitee, die höchste Instanz des WGB, bestand rund zur Hälfte aus französischen Kommunisten.

Ansprache des Papstes an die Fastenprediger Roms Wie alljährlich hat der Heilige Vater am Vortag des Beginns der Fastenzeit, Dienstag, dem 14. Februar, die Fastenprediger Roms um sich versammelt und ihnen besondere Ermahnungen für die Erfüllung ihrer Pflichten in dieser Zeit mitgegeben. Sein Thema war das Wort des Evangelisten Johannes: Liebet einander. Nachdem er seine Zuhörer mit väterlicher Herzlichkeit begrüßt und ihren Eifer und ihre Opferbereitschaft gelobt hatte, gab er ihnen folgende besondere Mahnungen zur Verwirklichung der Liebe in ihrem Amt.

Brüderliche Liebe

Hinsichtlich der Liebe der Priester untereinander sagte er: „Um diese eure brüderliche Liebe zu bezeugen, möchten Wir euch insbesondere ein vorzüglich geeignetes Mittel angeben. Ihr wißt, geliebte Söhne, wie schwierig es ist, ganz allein viel zu leisten, und wie es oft praktisch unmöglich ist, alles zu tun. Seid darum und erklärt euch auch bereit, eure Kräfte zusammenzutun und hochherzig dem Anruf eurer Mitbrüder zu folgen, wenn sie eure Hilfe für ihr apostolisches Amt erbeten.

Gewiß verlangen die rechte Ordnung des Apostolats und die kanonischen Vorschriften selber (can. 465), daß jeder von euch gewöhnlich auf seinem Arbeitsposten bleibt; aber wenn eure rechtmäßigen Vorgesetzten es euch erlauben oder gar nahelegen, euch gegenseitig zu helfen, dann überwindet aus Liebe jedes Hindernis; damit werdet ihr nicht nur eine Summierung, sondern sozusagen eine Multiplizierung eurer Kräfte erreichen.“

Der Heilige Vater ging dann dazu über, einige besondere Mahnungen zur Verwirklichung der Liebe des Priesters zu den ihm anvertrauten Gläubigen zu erteilen. Er sagte: „Unbeschadet der notwendigen Ordnung — z. B. eines gewissen Stundenplanes, der zugleich Folge und wirksames Instrument dieser Ordnung ist — haben die Priester die heilige Verpflichtung, ihr möglichstes zu tun, damit die Gläubigen sich mit ihren religiösen Bedürfnissen leicht an sie wenden können. Das gilt in besonderer Weise für die Spendung der Sakramente, die, wenn sie rechtmäßig, auch nur aus reiner Devotion, verlangt werden, nicht verweigert werden können. Wir empfehlen ganz besonders, die von der Kirche so gewünschte tägliche Kommunion möglich und leicht zugänglich zu machen; die Kirche hat ja durch die kürzlich eingeführten Erleichterungen des eucharistischen Fastengebotes die Türen des Tabernakels ihren Gläubigen noch weiter öffnen wollen.“

Die Überlastung der Priester

Der Heilige Vater versetzt sich dann in die Überlastung, die die meisten Geistlichen erdrückt; er fährt jedoch fort: „Dieses väterliche Verständnis entbindet Uns nicht davon, euch vor einer Gefahr zu warnen, die ihren Ursprung gerade in eurem Übermaß von Arbeit haben könnte: dieses Übermaß könnte euch allmählich schlecht aufgelegt, manchmal geradezu irritiert, weniger freundlich, weniger höflich, kurz, weniger liebevoll machen. Man kann sich leicht vorstellen, wie sehr das zum Schaden der Seelen wäre. Sie kommen zu euch wie zu Vätern, fast immer mit bekümmertem Herzen oder mit Zweifeln in der Seele. Die Liebe ist geduldig und gütig (1 Kor. 13, 4), denn die Liebe ‚kennt keinen Groll, kennt keine Mühe‘ (Nachfolge

Christi, 3. Buch, Kapitel 5, Nr. 4), sie kann das Wunder wirken, ein unvergängliches Lächeln auf eure Lippen zu zaubern . . .“

Mahnung zur Selbstlosigkeit

Dann, auf spezielle römische Dinge übergehend, fuhr der Heilige Vater fort: „Noch ein letztes Wort möchten Wir euch, geliebte Söhne, sagen.

In den vergangenen Tagen haben Wir sehr aufmerksam die Antworten studiert, die ihr auf eine Rundfrage erteilt habt, die das Vikariat von Rom euch hat zukommen lassen. Es ist unnütz, euch zu sagen, wieviel Grund zu väterlichem Trost Wir darin gefunden haben . . . Aber die gleiche aufmerksame Betrachtung hat Uns auch einige Schatten offenbart, die ihr ehrlich eingestehen wolltet . . .“

Der Heilige Vater spielt hier auf gewisse Rivalitäten und ehrgeizige Bestrebungen an. Dazu sagt er:

„Ihr müßt eure Kräfte zu einer gemeinsamen Aktion zusammenschließen, die nicht auf persönliche Interessen, Eifersucht, Unversöhnlichkeit achten darf, sondern alles im Feuer einer wirkenden Liebe verbrennen muß. Eine solche gemeinsame Aktion müßt ihr allen euren Aktivisten einhämmern, ob sie nun der Katholischen Aktion angehören oder sich unter anderen von der Kirche gesegneten Bannern sammeln oder auch außerhalb von Organisationen arbeiten . . . Eine besondere väterliche Mahnung möchten Wir an jene Christen richten, die auf dem Gebiet der Verwaltung und Politik arbeiten. Auch dort muß man Christus mit Wort und Tat individuell und kollektiv dienen. Sollte jemand versucht sein, das Christentum als Werkzeug des Aufstiegs auf den trügerischen Berg der persönlichen Ambitionen zu benutzen, so muß er freimütig ermahnt werden; dasselbe gilt besonders auch, wenn er aus idealen Motiven die Eintracht und Einheit der Christen störte. Zu ernst ist immer noch die Gefahr und zu gewaltig das Werk, zu dem ihr alle berufen seid. Ihr müßt darum nicht nur, wie es selbstverständlich ist, persönlichen Neigungen widerstehen und auf sie verzichten können, sondern auch auf Ideen, die gerecht und genial erscheinen mögen und vielleicht auch sind. Die Einheit, die Wir empfehlen, ist Frucht der Liebe, und die Liebe ist immer teilweises oder vollständiges, jedoch süßes und fruchtbares Opfer dessen, was wir haben, was wir sind.“

Die Menschenwürde im industriellen Betrieb

Am 4. Februar hat der Heilige Vater die Teilnehmer an der Internationalen Konferenz über die menschlichen Beziehungen in der Industrie in Sonderaudienz empfangen und folgende Ansprache an sie gerichtet:

„Wir sind glücklich, Ihrem Wunsch, in Audienz empfangen zu werden, zu entsprechen und in Ihnen, meine Herren, die Vertreter der Unternehmen und der Gewerkschaften zu begrüßen, die gemeinsam, mit Hilfe zahlreicher Spezialisten, die menschlichen Beziehungen in der Industrie untersucht haben. Der Gegenstand ist an der Tagesordnung, und Wir sind der erste, Uns darüber zu freuen in dem Maße, als er einen Fortschritt auf die Einheit der beiden großen Kräfte hin darstellt, die in der Produktion zusammenarbeiten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Ihre Absicht war es, in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses die Faktoren zu untersuchen, die zu einer Besserung der menschlichen Beziehungen in der Industrie

beitragen können und den Beitrag wissenschaftlicher Forschung auf diesem Gebiet zu prüfen. Es ist in der Tat grundlegend, auf der einen und der anderen Seite genau die Gegebenheiten des Problems zu kennen. Sie sind in Wahrheit sehr komplex, und die Maßnahmen, die die Wissenschaften vom Menschen, Soziologie, Psychologie und Psychotechnik, vorschlagen, stoßen auf enorme Widerstände, die sich durch die Zeit, durch das Spiel der Institutionen, durch die Häufung von Irrtümern und Vorurteilen verhärtet haben. Nicht nur, daß die Geister die größte Mühe haben, objektiv zu urteilen; auch die Freiheiten sind mehr oder weniger gelähmt, da mächtige Kräfte, wie der soziale Druck oder die technische Konkurrenz, mit ihrem ganzen Gewicht auf den Entscheidungen, die getroffen werden müssen, lasten.

Wir stellen nichtsdestoweniger mit Freuden fest, daß die Technik selbst die so lange verkannte Wichtigkeit der menschlichen Beziehungen in der Arbeit sichtbar gemacht hat. Schon Unser Vorgänger ehrwürdigen Andenkens, Pius XI., hat auf die Mißachtung hingewiesen, der die höheren Interessen des Arbeiters nur zu oft begegneten, und ausgerufen: ‚Entgegen den Plänen der Vorsehung hat die Arbeit, die selbst nach dem Sündenfall noch zur materiellen und sittlichen Hebung des Menschen bestimmt war, unter diesen Verhältnissen die Tendenz, ein Werkzeug der Erniedrigung zu werden: die rohe Materie geht veredelt aus der Werkstatt hervor, während die Menschen dort verdorben und erniedrigt werden‘ (*Quadragesimo anno*, AAS Bd. 23, 1931, S. 221—222). Wir wünschten, Wir könnten sagen, das geschehe heute an keiner Stelle der Erde mehr. Ach! Jedermann weiß, daß die Fortschritte sich langsam vollziehen, in vielen Ländern, auf ganzen Kontinenten in diesem wesentlichen Punkt viel zu langsam.

Wenn Sie, meine Herren, um die Audienz nachgesucht haben, die Wir Ihnen gewährten, so gewiß um die Stimme der Kirche zu den Fragen zu hören, die Sie beschäftigen. Was die Kirche in diesem Bereich wünscht, hängt offenkundig mit der Vorstellung zusammen, die sie vom Menschen hat. Für sie sind alle Menschen vor Gott an Würde gleich; sie müssen es also auch in den freien oder notwendigen Beziehungen sein, die sie miteinander verbinden.

Die Arbeitsgemeinschaft nun, die heutzutage sittlich auf der Grundlage der Kontrakte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den großen Industrieunternehmen beruht, begründet für die ersteren eine wirkliche Verpflichtung gegenüber den letzteren, denn sie fordern von diesen den besten Teil ihrer Zeit und ihrer Kräfte. Es ist also nicht nur eine Arbeitskraft, die man einstellt und deren Arbeit man kauft; es ist ein Mensch, ein Mitglied der menschlichen Gesellschaft, das zum Wohl eben dieser Gesellschaft in dem betreffenden industriellen Unternehmen mitarbeitet. Gewiß ist ein Unternehmen, selbst ein modernes, nicht totalitär; es eignet sich keine Initiativen an, die außerhalb seiner besonderen Aktivität liegen und den Arbeitern persönlich gehören. Zudem erschöpft sich ein modernes Unternehmen nicht in einem Spiel von auf anonyme Weise in Übereinstimmung gebrachten technischen Funktionen. Es vereint vertragsmäßig Partner, deren Verantwortung verschieden und hierarchisch geordnet ist, denen jedoch die Arbeit die Möglichkeit schaffen muß, ihre sittlichen, persönlichen, familiären und sozialen Pflichten immer besser zu erfüllen. Sie müssen sich gegenseitig ehrlich dienen, und wenn es das Interesse der Arbeitgeber ist, ihre Arbeiter als Menschen zu behandeln, so dürfen sie sich

doch nicht mit dieser utilitaristischen Betrachtungsweise begnügen: die Produktivität ist kein Selbstzweck. Im Gegenteil, jeder Mensch stellt einen transzendenten und absoluten Wert dar; denn der Urheber der menschlichen Natur hat ihm eine unsterbliche Seele gegeben. Mehr noch: Er ist Mensch geworden und identifiziert sich geistig mit jedem, der von einem anderen die Ergänzung an Sein erwartet, das ihm fehlt: ‚Alles, was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan‘ (Matth. 25, 40). Er selber ist nicht gekommen, um bedient zu werden, sondern um zu dienen (Matth. 20, 28), und er hat nicht gezögert, sein Leben hinzugeben, um die Menschen zu retten. Daher stammt die außerordentliche Würde jeder menschlichen Person und die Verantwortung eines jeden, der einen Menschen in seinen Dienst nimmt.

Darum wünschen Wir lebhaft, daß die Arbeiten Ihrer Studientagung nicht nur den Geistern Licht gebracht, sondern auch ein vertieftes Verständnis für die Schwierigkeiten anderer, ein aufrichtigeres gegenseitiges Wohlwollen und den festen Willen geschaffen haben, von beiden Seiten die notwendigen Übereinkommen in gegenseitiger Achtung und der ständigen Sorge um das Gemeinwohl zu suchen.

Auf diese Absichten und auf die, die Sie im Herzen hegen, auf Sie, die Sie hier anwesend sind, Ihre Familien und Ihre Freunde flehen Wir den Beistand des Himmels herab und erteilen Ihnen von ganzen Herzen Unsern väterlichen Apostolischen Segen.“

Kirchlicher Wohnungsbau — Musterfall Córdoba

Über die bedeutsamen Umschichtungen im spanischen Episkopat und die wachsende soziale Aktivität der spanischen Kirche hat die Herder-Korrespondenz im vergangenen Jahr (9. Jhg., S. 154 und 381) bereits berichtet. Bei einem kürzlichen Besuch in Paris und einer religiösen Fernsehsendung mit Abbé Pierre gab der Erzbischof von Córdoba, Albino González y Menéndez-Reigada, dazu aufschlußreiche Tatsachen aus seiner Diözese bekannt. Msgr. Reigada ist Dominikaner und heißt in Spanien allgemein nur „Fray Albino“; er übernahm das Bistum Córdoba vor zehn Jahren und ist Vorsitzender der Sozialen Wochen Spaniens.

Für spanische Verhältnisse gilt Córdoba als ein „entchristlichtes“ Bistum, obwohl die Seelsorgsverhältnisse dort besser liegen als in manchen anderen, stärker säkularisierten Ländern. Die Diözese Córdoba umfaßt 810 000 Katholiken. Ein Priester kommt auf 2060 Katholiken (Deutschland vergleichsweise 1000), ein Priesterseminarist auf 6080 Katholiken (Deutschland 6730). Für die religiöse Praxis der Gläubigen wird für die Sonntage ein Anteil von 30—40% angegeben, für die Osterpflicht etwas mehr, für Taufen, Erstkommunion, Hochzeiten und Begräbnis praktisch 100%. Die geschichtlichen Ursachen für den kirchlichen Niedergang liegen ein Jahrhundert zurück, als die liberale Revolution von 1835/36 fast alle Kirchen und Klöster verbrannte, die öffentliche Meinung für Generationen demoralisierte und einen Mangel an Kirchen und Priestern hervorrief, der bis heute nicht behoben ist. Bischof Reigada hat seit 1946 dreizehn neue Pfarreien in der Stadt Córdoba und 83 im umliegenden Bistum geschaffen und setzt alle Mittel ein, die Seelsorge zu verbessern.

Schon bei seiner Ernennung bezeichnete es „Fray Albino“ als seine erste Aufgabe, seine Diözesanen zuerst einmal

kennenzulernen, und zwar gerade die Ärmsten unter ihnen. Nach gründlichen Erkundungsbesuchen stellte er schon nach kurzer Zeit fest: „Es ist nutzlos, hier von Gott, von der Kirche und von der Liebe zu sprechen. Die Wirklichkeit ist genau das Gegenteil von all dem.“ Die Stadt Córdoba zählt 180 000 Einwohner (davon 30 000 Industriearbeiter) und wächst, bedingt sowohl durch den Geburtenreichtum wie durch die Landflucht, jährlich um 7000. Die Wohnungslage ist katastrophal.

Der Bischof als Städteplaner

Schon im Februar 1947 stand für Bischof Reigada der Entschluß fest: Wohnungsbau um jeden Preis. Er bildete unter seinem Vorsitz fünf Kommissionen für die Planung: die eigentliche Baukommission, eine Kulturkommission für den Schulbau, eine Wohlfahrtskommission für die Greise und Waisen, eine Wirtschaftskommission (u. a. für die Errichtung der nötigen Omnibuslinien) und eine Sozialkommission (zur Koordinierung des Geschäftslebens und zur Errichtung einer Druckerei). 60% der Baukosten konnten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden; für die übrigen 40% bildete Fray Albino ein Künstlerensemble, das mit Operettengastspielen das Land durchzog, organisierte Tombolas und Stierkämpfe. Am 15. April 1947 begannen am Stadtrand von Córdoba die Bauarbeiten nach vier einheitlichen Haustypen, und in den acht Jahren bis 1955 ist eine kleine Stadt entstanden, die mehr als 20 000 Menschen Wohnung und ein menschenwürdiges Milieu bietet: 5000 Häuschen, 3 Kirchen, 2 Kinos und 3 Freiluftlichtspiele, Versammlungsräume, ein Sportstadion mit 11 000 Plätzen, mehrere Volksschulen und 50 Berufsschulen. Die Zuteilung der Wohnungen erfolgte auf Grund der Bedürftigkeit; die Monatsmieten (zwischen 3 und 25 Mark) sind auch für die Ärmsten erschwinglich.

Dieser Bilanz fügt Bischof Reigada bescheiden hinzu: „In all dem sehen wir nicht mehr, als was die Menschen brauchen — den Kristallisationspunkt ihrer religiösen und politischen Ideen.“

Soziale Erfolge der christlichen Gewerkschaften in Belgien

Das vergangene Jahr hat den belgischen Katholiken eine Anzahl schwerer politischer, kultureller und sozialer Auseinandersetzungen mit der sozialistisch-liberalen Regierung van Acker gebracht. Von diesen Konflikten ist der Schulstreit um das berüchtigte Gesetz Collard weithin bekannt geworden (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 200, 297, 347, 493, 539). Nicht weniger hart waren die sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die der Christliche Gewerkschaftsbund (CSC) um einen neuen Mindestlohn für die Arbeiter, die Vergütung für die „Mutter am Herd“ (eine besondere Zuwendung, die den Müttern, die nicht außer Haus arbeiten, in Belgien im Rahmen der Familienzulagen zuerkannt wird) und vor allem um die Einführung der Fünftageswoche geführt hat. Im Gegensatz zum Schulstreit, der — jedenfalls bis heute — für die belgischen Katholiken negativ verlaufen ist, wurden hier bedeutende Erfolge erzielt.

Lohnfrage und Familienzulagen

Wie T. Declercq in „Labor“ (Nr. 6/7, Juli/August 1955) schrieb, lag die gemeinsame Wurzel aller sozialen Konflikte im vergangenen Jahr „einerseits in der außergewöhnlich günstigen Lage der belgischen Industrie im Rahmen

der günstigen Weltwirtschaftskonjunktur und andererseits in der Tatsache, daß die Arbeiter keinen Anteil an der gestiegenen Wohlfahrt haben“. Nachdem am 10. 5. 1955 der CSC in einem Memorandum eine Anzahl konkreter sozial-wirtschaftlicher Forderungen aufgestellt hatte, ergaben mehrere Gespräche zwischen Arbeitgebern und christlichen wie sozialistischen Gewerkschaftsvertretern, daß den Arbeitgebern der geforderte Mindeststundenlohn von 20 belg. Franken unannehmbar schien (20. 6. 55). Die Arbeitgeber weigerten sich, weil 1. ihr Einverständnis zum Mindeststundenlohn von 20 Franken eine Erhöhung aller Löhne mit sich bringen würde, 2. die industriellen Randsektoren 20 Franken pro Stunde nicht bezahlen könnten und 3. die Regierung der Industrie durch die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge für die Krankenversicherung um 1% und eine Erhöhung der Umsatzsteuer bereits neue Lasten auferlegt habe.

Nach Abbruch der paritätischen Verhandlungen stellte der Kongreß der christlichen Gewerkschaften am 5. 7. ein neues Programm auf, das vorsah: Garantie des Mindeststundenlohnes von 20 Franken, Einführung der Fünftagewoche, Wiedereinführung der zusätzlichen Vergütung für die „Mutter am Herd“, Erhöhung der Familienzulagen um 20% und der Arbeitslosenunterstützung um 10%. Um diese Forderungen durchzudrücken, beschloß der Kongreß des CSC, den „Samstagsstreik“ auszurufen.

Die Forderung der Regierung, den Streikbeschuß rückgängig zu machen, lehnte der CSC ab. Die Regierung beriet sich daraufhin mit den Vertretern der sozialistischen (FTGB) und liberalen Gewerkschaften über die Forderungen des CSC (13. 7.). Außer der Abschaffung der „Ehesteuer“ (Kumulsteuer für Eheleute, die beide außer Haus arbeiten) ereignete sich bei diesen Besprechungen, die unter Ausschluß des CSC stattfanden, wenig. Die Samstagsstreiks, von der sozialistischen Gewerkschaft heftig attackiert, wurden vom CSC mit zunehmendem Erfolg fortgesetzt und verschärft. Nach dem Streik in den Genter Metallbetrieben, der sich im Verlaufe des Juli fast zu einem Generalstreik auswuchs, legten auch andere Industriezweige die Arbeit nieder. Ende Juli war das Limburgische Kohlenbecken praktisch stillgelegt.

Am 30. 7. lenkte die Regierung ein: Die zusätzliche Vergütung für die „Mutter am Herd“ wurde ab 1. 8. 55 wieder eingeführt. Eine Untersuchung des Systems der Familienzulagen wurde zugesagt. Das Prinzip des Mindestlohnes von 20 Franken wurde sowohl von der Regierung wie von den Arbeitgebern, auch für die Angestellten, anerkannt. Das Recht auf jährlich zwölf bezahlte Feiertage wurde erweitert. Der CSC konnte diese Erfolge gegen die Koalition von Regierung, Arbeitgebern und sozialistischer Gewerkschaft erringen.

Die Fünftagewoche

Die Hauptanstrengung der christlichen Gewerkschaften Belgiens galt jedoch der Einführung der Fünftagewoche. Das Abkommen vom 30. 7. 55 legte fest, daß die Fünftagewoche zu 45 Stunden bei gleichem Lohn wie für 48 Stunden im Prinzip angenommen ist. Ausschüsse sollten die Möglichkeit der Einführung der verkürzten Arbeitszeit prüfen. Seit seiner Gründung beschäftigt sich der CSC mit dem Problem der Arbeitszeit. Wie es in dem Bericht von „Labor“ (Nr. 9/10, Oktober/November 1955) heißt, „war früher die Verkürzung der Arbeitszeit eine Lebens-

frage für den Arbeiter. Heute, nach der Eroberung des Achtstundentages, sehen die Arbeitnehmer in einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit nicht so sehr ein Mittel, einen sozialen Mißbrauch, d. h. übertrieben lange Arbeitszeiten zu bekämpfen, sondern eher ein Instrument, um den erreichten Lebensstandard auch menschlich zu valorisieren, mit anderen Worten, denselben zu wirksamerem Gebrauch, für sich selbst wie für die Familie, zu einer sinnvollen Entwicklung zu benutzen“ (ein Argument für die Fünftagewoche, dem sich vor kurzem auf der Hamburger Familienkonferenz Bernhard Häring CSSR angeschlossen hat).

Seit 1949 hatte daher der CSC jährlich von neuem seine Forderungen nach der Fünftagewoche erhoben. Er war und ist sich darüber im klaren, daß eine automatische Umstellung der gesamten Wirtschaft von 48 auf 45 Stunden undurchführbar ist, daß sich Forderungen dieser Art nur schrittweise — nach gründlichem Studium der Voraussetzungen in den einzelnen Industriezweigen verwirklichen lassen. Die Aktion mußte zudem auf einer dreifachen Ebene gleichzeitig vorangetrieben werden: auf der internationalen, der nationalen und der betrieblichen.

Das Schwergewicht der Anstrengungen des CSC lag zunächst 1954 auf dem internationalen Sektor, da ein Hauptargument der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Hinweis auf die internationale Konkurrenz ist. Am 28. 1. 1955 überreichte eine Delegation des CSC in Genf dem Vorsitzenden der Europäischen Arbeitskonferenz, Rubatel, und dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes (ILO), D. Morse, die Forderung der christlichen Arbeiter Belgiens nach Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Liste von über 570 000 Unterschriften. Der Antrag wurde den Ausschüssen überwiesen. Wenn er auch bis heute nicht durchkam, so wurde sein Hauptziel erreicht: Die Frage der Fünftagewoche war in Gegenwart der gesamten europäischen Arbeiter gestellt worden. Am 27. 9. 55 wurde der belgische Antrag auf der Ebene der Montanunion von deren Ministerrat geprüft. Es entschieden sich für die Einführung der Fünftagewoche in der Stahlindustrie die Vertreter Belgiens, Frankreichs, Italiens. Abgelehnt wurde sie von der Bundesrepublik und den Niederlanden. Luxemburg blieb unentschieden.

Während auf der Genfer Konferenz im Januar 1955 von den vier belgischen Delegationsmitgliedern drei für den Antrag der christlichen belgischen Gewerkschaften stimmten — die beiden Regierungsvertreter und der Vertreter der Arbeitgeber — stimmte der belgische Arbeitervertreter, der Sozialist N. de Boch, dagegen! Es war von vornherein klar, daß die sozialistischen belgischen Gewerkschaften (FTGB) niemals den christlichen Arbeitervertretern das Verdienst um die offizielle Einführung der Fünftagewoche zugestehen würden. Ihre Situation gegenüber den belgischen Arbeitern war durch das Bündnis der belgischen Sozialistischen Partei mit den Liberalen, die in der Wirtschaft des Landes eine Schlüsselstellung innehaben, nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch van Acker am 11. 4. 1954 außerordentlich schwierig. Der FTGB mußte eine Reihe wirtschaftspolitischer Forderungen zurückstellen, um die junge Regierungskoalition nicht zu gefährden. Er stand im Schulkampf eisern zu seiner Partei, obwohl dieser bei den Arbeitern häufig auf wenig Interesse stieß. In der Zwischenzeit konnten die christlichen Gewerkschaften drängende sozialpolitische Forderungen erheben, sich dadurch gleichsam zum alleinigen

Vertreter der Arbeiterinteressen machen, was den sozialistischen Gewerkschaften auf die Dauer Verluste einbringen mußte. Sobald daher die Auseinandersetzungen in der Schulfrage im letzten Sommer abflauten, übernahm der FTGB die Forderungen der christlichen Gewerkschaften nach Einführung der Fünftageweche „aus Gründen gewerkschaftlicher Konkurrenz“ (Neue Zürcher Zeitung, 12. 10. 1955). Der Kampf spitzte sich nach den Sommerferien rasch zu. Ende September kam es zu neuen Auseinandersetzungen in dieser Frage. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen der beiden großen Gewerkschaften ab, die Fünftageweche in den Betrieben einzuführen, für die eine besondere Untersuchung nicht notwendig sei. Mitte Oktober kündeten daher die beiden Gewerkschaften den Streik für Bergbau, Hüttenindustrie und öffentliche Dienste an (zu diesem Zeitpunkt wurde bereits in der chemischen Industrie gestreikt), wodurch ab 18. 11. über 300 000 Arbeiter in den Ausstand getreten wären.

Die gemeinsame Aktion der beiden Gewerkschaften hätte ohne Zweifel die Regierungskoalition zwischen Sozialisten und Liberalen gesprengt, wenn Ministerpräsident van Acker nicht in letzter Minute eine Kompromißlösung gefunden hätte. Am 30. 10. einigten sich Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter beider Gewerkschaften offiziell auf die schrittweise Einführung der Fünftageweche in Belgien. Die Arbeitszeitverkürzung soll zunächst in der Stahl-, Metall- und chemischen Industrie eingeführt werden; ferner in allen Wirtschaftszweigen, die sich die Verkürzung ohne Erhöhung der Preise leisten können. Auch in den Kohlengruben sollen Versuche dieser Art unternommen werden.

Die chemische Industrie machte am 1. 11. 55 den Anfang mit der verkürzten Arbeitszeit. Dabei ergab sich folgendes Kuriosum: Die Arbeiter dieser Branche arbeiten nur noch $46\frac{1}{2}$ Stunden in der Woche, werden aber für $49\frac{1}{2}$ Stunden bezahlt. Die Arbeitgeber haben sich nur dazu herbeigelassen, Wochenlöhne für 48 Stunden auszuzahlen. Die Differenz für den Wochenlohn zwischen 48 und $49\frac{1}{2}$ Stunden begleichen die Gewerkschaften aus den Gewerkschaftskassen. Es ist klar, daß das nur eine Übergangslösung sein kann, die man wählte, um die Verhandlungen vom 30. 10. nicht scheitern zu lassen. Demzufolge soll bis spätestens 31. 5. 56 wieder eine Konferenz unter der Leitung des Regierungschefs zusammentreten, um die Durchführung der Beschlüsse vom 30. 10. und ihre Ergebnisse zu prüfen.

Die offizielle Einführung der Fünftageweche in der Stahl-, Metall- und chemischen Industrie, Sektoren, die seit langem Schwerpunkte der sozialistischen Gewerkschaften sind, könnte es dem FTGB leicht machen, diese Neuerung als einen Erfolg seiner Sozialpolitik auszugeben. Dem steht jedoch entgegen, daß allein durch die Initiative des CSC schon vor dem 1. 11. 55 in vielen Unternehmen die Fünftageweche durchgeführt wird. Die internationale Presse, auch die nichtkatholische, hat nicht nur die Verdienste des CSC in dieser Frage anerkannt, sondern die christlichen Arbeitervertreter darauf hingewiesen, jetzt, nach der Einführung der Fünftageweche, darüber zu wachen, daß diese soziale Verbesserung auch wirklich dem geistigen und seelischen Wohlergehen des Arbeiters zugute kommt. Schon jetzt überlegen einzelne Unternehmen, welche wirtschaftliche Möglichkeiten der „freie Samstag“ bietet. Sie fürchten keine Verminderung der Produktion durch diese Neuerung. Sie gedenken viel-

mehr „angesichts des hohen Auflagebestandes unter Bezahlung von Überstunden weiterhin an den Samstagen zu arbeiten“ (Neue Zürcher Zeitung, 11. 11. 55). Man könnte auf diese Weise sogar eine nützliche „Konjunkturreserve“ bilden, „die die Voraussetzungen schafft, daß bei einem etwaigen zukünftigen Konjunkturrückgang ohne Arbeiterentlassungen und Senkungen der normalen Löhne zu einer Verminderung der Arbeitszeit geschritten werden kann“.

Die christlichen Gewerkschaften werden ihren ganzen Einfluß auf ihre Mitglieder geltend machen müssen, um eine an sich sinnvolle soziale Einrichtung durch materialistisches Denken, die Hypnose des Lebensstandards und den gegenwärtigen Wirtschaftsboom nicht genau in ihr Gegenteil zu verkehren.

Sozialisierungstendenzen

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten können sich andererseits aus der Einführung der Fünftageweche für Belgien schwerwiegende Weiterungen ergeben. Auf Grund der Entwicklung während des letzten Vierteljahres fürchten katholische und liberale Kreise, daß die Neuerung zum Ausgangspunkt eines umfassenden Verstaatlichungsplanes der Sozialisten werden könne. Die sozialistischen Gewerkschaften haben im vergangenen Oktober großen Wert darauf gelegt, daß auch in den Kohlengruben die Fünftageweche eingeführt wird. Wenn auch zur Zeit die belgische Kohle auf dem Weltmarkt nichts zu befürchten hat — die Bergleute verdienen so viel, daß sie trotz Sechstageweche häufig samstags, manchmal sogar noch zusätzlich montags nicht zur Arbeit erscheinen —, so könnten gerade in diesem Sektor bei Konjunkturschwankungen zuerst Schwierigkeiten auftreten, die für die Sozialisten nur der gegebene Anlaß wären, die Schuld den Unternehmern in die Schuhe zu schieben und eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaus zu fordern. Die Welle würde sich dann leicht auf andere Grundstoffindustrien des Landes übertragen lassen.

Der sozialistische Regierungschef van Acker war bislang, offenbar nicht nur aus Rücksichten auf den liberalen Koalitionspartner, gegenüber den weitgehenden Forderungen der sozialistischen Gewerkschaften auf rein industriellem Sektor ziemlich verschlossen. Daher haben die Sozialisten bis jetzt nur Vorstöße auf Randgebieten gewagt. Nach dem Erfolg im Schulstreit versuchte der sozialistische Arbeitsminister Troclet im vergangenen Herbst eine gewisse Zentralisierung der föderativen, nach politisch-weltanschaulichen Richtungen organisierten Krankenkassen durch mehrere Verordnungen durchzudrücken. Im Gegensatz zum derzeitigen Zustand, wo der Patient den Arzt bezahlt und dann von der Kasse sich die Rechnung vergüten läßt, sollte in Zukunft — wie in Deutschland — die direkte Bezahlung der Ärzte durch die Krankenkassen erfolgen. Anders als in der Schulfrage, wo die Katholiken allein die Freiheit verteidigten, schlugen diesmal auch die Liberalen Alarm. Alle nichtsozialistischen Krankenkassen haben sofort mit einer größeren Anzahl von Ärzten, die dem Arbeitsminister mit Boykott gedroht hatten, private Abkommen getroffen, die den geplanten ersten Schritt zu einem verstaatlichten Gesundheitswesen im Keime ersticken sollten.

Ähnlich erging es einem Gesetzentwurf des sozialistischen Gesundheitsministers Leburton, der kurz vor Weihnachten 1955 zur Sprache kam. Der Plan sieht eine Verlagerung

der staatlichen Subventionen für den Wohnungsbau von den billigen privaten Einfamilienhäusern auf die vom Staat selbst zu errichtenden „sozialen“ Mietwohnungen vor. Auch in diesem Entwurf sahen viele Beobachter nichts anderes als den „Versuch zur getarnten Verstaatlichung des Wohnungsbaues“ (Neue Zürcher Zeitung, 8. 1. 56). Glücklicherweise kam dieser Entwurf im Senat nicht durch. Die Versuche zeigen jedoch, wie systematisch die Sozialisten auch in Belgien — trotz Koalition mit den Liberalen und einer fast hundertprozentigen Marktwirtschaft — ihre Ziele zu verwirklichen suchen. Der Schulkampf stellt nichts anderes als die erste Etappe auf diesem Wege dar.

Die Stärke der christlichen Gewerkschaften Belgiens

In diesem Kampfe um die Freiheit und Rechte der Einzelpersonlichkeit fällt den christlichen Gewerkschaften Belgiens eine bedeutende Aufgabe zu. Sie sind aus mehreren Gründen dazu befähigt, das von der gesamten katholischen Bevölkerung Belgiens in sie gesetzte Vertrauen zu erfüllen.

Ihre Zahl ist mit 650 000 Mitgliedern genauso groß wie die des FTGB, zu dem auch die Kommunisten gehören. (Daneben existiert noch eine liberale Gewerkschaft mit 40 000 Mitgliedern, die von den beiden großen Arbeiterorganisationen ein wenig verächtlich mit „gelbe Gewerkschaft“, „unfreie Schattengewerkschaft“ bezeichnet wird.) Gegen 400 000 Arbeiter stehen in Belgien der Gewerkschaftsarbeit fremd und mißtrauisch gegenüber. Obwohl die Positionen der beiden großen Gewerkschaften ziemlich festliegen, konnte der CSC allein von 1952 bis 1954 über 20 000 neue Mitglieder gewinnen. Bei den Betriebsratswahlen 1954 zeichneten sich für den CSC gute Fortschritte im flämischen Gebiete ab, während Wallonien und auch Brüssel, das durch die Zuwanderungen aus allen Landesteilen ein ganz eigenes gewerkschaftliches Klima aufweist, vorwiegend sozialistisch orientiert blieben. Die heutige Lage ergibt folgendes Bild: Übergewicht des FTGB in den wallonischen Industriezentren und in den Schlüsselsektoren (schwere Metallindustrie, Bergwerke, Gas, Elektrizität); günstige Positionen hat der CSC in der mittleren und leichten Metallindustrie, der Textilindustrie, der Lederbranche, in Buch und Papier. „Das große Problem für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist die Verstärkung ihres Einflusses in den großen Industriezentren“ (Labor, Juni 1955).

Seine geistigen und spirituellen Kräfte gewinnt der CSC aus dem wohl einzigartigen Werk der „Christlichen Arbeiterbewegung Belgiens“ (MOC). Der CSC ist nur *eine* der wirtschaftlich-sozialen Organisationen des MOC. Außer ihm gehören dieser Dachorganisation, die 1921 gegründet wurde, noch an: die christlichen Kranken- und Invalidenkassen, die insgesamt über eine Million Mitglieder zählen; ferner die christlichen Genossenschaften, z. B. die Konsum-Verkaufsgenossenschaft (mit 1116 Filialen und einem Jahresumsatz [1954] von 825 Millionen Franken), die Depositenkasse (Kapital 1953: über eine Milliarde Franken) und verschiedene Versicherungen. Außerdem gehören zum MOC die christliche Arbeiterjugend (JOC), die christlichen Arbeiterfrauen (mit über 370 000 Mitgliedern), die Katholiecke Werkliedenbonden (die auf den flämischen Landesteil beschränkt ist) und die Équipes populaires (eine entsprechende Organisation in Wallonien). Die beiden letzten Gruppen haben Apostolatsaufgaben im Arbeitermilieu übernommen. Aus all diesen Ver-

bänden erhält die christliche Gewerkschaft ihren Führernachwuchs. Sie stellen zugleich die Eliten, die das Werk der christlichen Arbeiterbewegung in Belgien tragen, mit deren umfassender Hilfe die christlichen Gewerkschaften wiederum ihre sozialpolitischen Aktionen starten können.

Betriebsseelsorge in den Niederlanden Die religiöse Praxis der niederländischen Katholiken ist in letzter Zeit von zwei Instituten untersucht worden. Während die Arbeit der St.-Willibrord-Gesellschaft die Zahl der Nichtpraktizierenden mit über 50% angab, hat Professor G. H. L. Zeegers, der Direktor des katholischen Instituts für kirchliche Sozialforschung (das unlängst nach Genf übersiedelt ist), festgestellt, daß von den über vier Millionen Katholiken des Landes nur rund 380 000, also 11,1% „ihren Glauben nicht mehr ausüben“. Zeegers faßt darunter alle über sieben Jahre alten Katholiken zusammen, die, soweit es der Pfarrgeistlichkeit bekannt ist, ihre Osterpflicht nicht mehr erfüllen. Von den „Paschantes“ besuchen jedoch 15—20% nicht mehr regelmäßig den Sonntagsgottesdienst. Wenn man auch von einer Abfallbewegung nicht sprechen könne, so mahnen doch die Verhältnisse in den Großstädten Amsterdam, Rotterdam und Den Haag zur Vorsicht. Dazu kommt die zunehmende Industrialisierung und das Problem der Mischehen. Von den Kindern aus Mischehen in den Jahren 1950 bis 1952 wurden 37% katholisch, 19% protestantisch und 43% religionslos erzogen. Diese Zahlen stellen jedoch nach Zeegers gegenüber den dreißiger Jahren einen Fortschritt dar, von dem zu hoffen ist, daß er anhält.

Schwieriger scheint sich der negative Einfluß der Industrialisierung auf die katholische Stadtbevölkerung mit seinen Folgen der Mobilität und des praktischen Materialismus ausschalten zu lassen. Gegenüber dem durchschnittlichen Prozentsatz von 11,1, die ihre Osterpflicht nicht mehr erfüllen, weist die Diözese Haarlem, in deren Gebiet die Großstädte des Landes liegen, 24% nichtpraktizierende Katholiken auf. Davon entfallen auf Amsterdam 37,5, Den Haag 31,2 und Rotterdam 39,7%.

Der Versuch von Haarlem

Um den negativen Einfluß der Großstadt und der industrialisierten Wirtschaft auf die Katholiken möglichst einzudämmen, ist man — nach einem Bericht im KNA-Informationsdienst vom 14. 1. 56 — in der Diözese Haarlem zu einer besonderen Form von Betriebsseelsorge übergegangen.

Bereits im September 1954 hatte der Bischof von Haarlem, Johann Peter Huibers, besondere seelsorgliche Richtlinien für die wirtschaftlichen Entwicklungsgebiete seines Bistums erlassen. Es ging ihm dabei um eine Neuordnung der Betriebsseelsorge. Diese soll das territoriale Pfarrprinzip nicht ablösen, sondern im Dienst einer vertieft erlebten Pfarrgemeinschaft stehen. Das Betriebsapostolat wird durch ein Statut in folgender Weise geregelt:

1. Es ist die Methode der Kernbildung anzuwenden. Dabei handelt es sich um eine Art Individualseelsorge. Aktive Katholiken, die man aus der Pfarrei oder der katholischen Arbeiterbewegung kennt, werden aufgefordert, sich zu einer Aktionsgruppe im Betrieb zusammenzuschließen. Ein eigener Seelsorger nimmt sich dieser Gruppe an.
2. Nachdem der Kern gebildet ist, wird mit Nichtkatholiken Kontakt aufgenommen. Zunächst kommt es dabei dar-

auf an, Persönlichkeiten, die im Betrieb Schlüsselstellungen innehaben, für das Apostolatwerk zu gewinnen. Das Milieu im Betrieb soll verchristlicht werden. Man pflegt den Kontakt von Mann zu Mann und enthält sich dabei jeder Verbindung mit offiziellen Stellen der Katholischen Arbeiterbewegung.

Aus den Betriebsgruppen werden nach dem Delegiertenprinzip Vertrauensleute in ein gemeinsames Parlament des Betriebsapostolates entsandt. Hier werden unter dem Vorsitz eines Priesters alle wichtigen Entscheidungen nach parlamentarischer Methode gefällt. Damit sich die in den Kerngruppen zusammengefaßten Katholiken das Vertrauen ihrer Arbeitskollegen erringen können, ist eine Schulung unerlässlich. Daher wurden zwei Monatskurse mit je 20 bis 30 Teilnehmern und ein Zweijahreskursus durchgeführt. Zum Lehrplan gehören eine Einführung in die kirchliche Soziallehre und in die Grundzüge der Wirtschaftswissenschaft, ein Rednerkursus und eine Einführung in Versammlungstechnik.

Die Aufgabe des Priesters ist es, die Versammlungen regelmäßig zu leiten und die Familien seiner Kerngruppe zu besuchen. Die Seelsorger informieren sich auch über den Betrieb durch Besichtigungen und Besuch am Arbeitsplatz. Sie haben einen Ausweis, der es ihnen gestattet, sich überall im Betrieb aufzuhalten. Auf einem jährlichen Kongreß kommen die Betriebsseelsorger in Haarlem unter dem Vorsitz Bischof Huibers' zusammen und tauschen Erfahrungen aus. P. C. F. A. Geraerts führt als der vom Bischof beauftragte Betriebsseelsorger die Aufsicht über das Betriebsapostolat der Diözese und stellt ständig die Verbindung zwischen den in der Betriebsseelsorge tätigen Ordenspriestern und den bischöflichen Behörden her. Mit der Finanzierung des Werkes wurde Professor A. H. M. Albrechts beauftragt.

Ergebnisse

Bis jetzt wurde die Arbeit im Bistum Haarlem von 28 Betriebsseelsorgern durchgeführt (14 Jesuiten, 4 Weltpriester, 3 Karmeliten, 3 Franziskaner, 2 Kapuziner, 2 Redemptoristen). In Amsterdam wurde im vergangenen Jahr mit 6000 Arbeitern Kontakt aufgenommen. 200 Kernkreisleute unter Führung von 6 Priestern führten diese Arbeit durch. In Amsterdam haben fünf Jesuitenpatres Betriebsgruppen in 16 Betrieben gegründet, zwei Franziskaner haben sich der Fabrikarbeiterinnen angenommen, zwei Kapuziner arbeiten im Hafen und in den Zuckerfabriken, zwei Karmeliten unter den Verkäuferinnen. In Amsterdam besteht ferner schon ein eigenes Haus als Zentrum. Ähnlich arbeitet man auch in Rotterdam, Schiedam, Ijmuiden und Beverwijk. In IJmond, dem neuen Industrieviertel der Diözese, wurden 40 Gruppen (mit 600 Mitarbeitern) gegründet. Das neue Haus des Betriebsseelsorgers mitten im Zentrum des Bezirks, mit einer Kapelle, die von den Fabrikarbeitern hergerichtet wurde, konnte im Januar dieses Jahres eröffnet werden.

Das Wachsen des englischen Katholizismus

Während der demographische Ausschluß der englischen „Newman Association“ damit beschäftigt ist, die Zahl der englischen Katholiken durch wissenschaftliche Methoden zu erfassen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 213), hat jetzt der englische Registrar General Zahlen veröffentlicht (Statistical Review of England and Wales

1946—1950, 1952), die der katholischen Forschungsarbeit dienlich sind und auch ein bezeichnendes Licht auf die allgemeine religiöse Situation in England werfen.

Es wird dort gezeigt, daß unter den „offiziell-anerkannten Treffpunkten zum Zweck von Gottesdiensten“ der katholische Kirchenbau und die Eröffnung neuer katholischer Gottesdienststätten an führender Stelle stehen. Die 2278 derart klassifizierten Gebäude (1946) sind 1950 auf 2388, durchschnittlich 22 jährlich, angewachsen. Auf die religiösen englischen Gemeinschaften mit Ausnahme der anglikanischen als Ganzes verteilt, ergibt sich folgende Zusammenstellung bis zum Jahre 1952:

Konfession	1946	1952
Katholiken	2 278	2 460
Methodisten	13 372	13 207
Kongregationalisten	3 618	3 627
Baptisten	3 566	3 604
Kalvinistische Methodisten	1 414	1 424
Presbyterianer	467	460
Unitarier	192	194
New Church	61	60
Katholische Apostolische Kirche	53	50
Countess of Huntingdon's Connexion	44	43
Heilsarmee	1 566	1 556
Gesellschaft der Freunde (Quäker)	425	424
Juden	403	428
Andere	7 241	7 758
Zusammen	34 700	35 295

Das Wachstum der englischen Katholiken wird noch deutlicher in ihrem prozentualen Anteil, der 53,1% beträgt, im Vergleich zur allgemeinen Zunahme an Gebäuden, die für religiöse Zwecke benützt werden, von 19,1. Ein Abfallen ergibt sich bei den Methodisten, der sogenannten Katholischen Apostolischen Kirche (eine Sekte der Irvingiten), der von der Gräfin von Huntingdon im 18. Jahrhundert begründeten „Connexion“, die den Methodisten nahesteht, und bei den Quäkern (Gesellschaft der Freunde). Fortschritte, die sich mit den katholischen Zahlen vergleichen lassen, gab es bei der Heilsarmee (38,1%) und den Juden (63,3%). Bei der Heilsarmee wurde der Höhepunkt jedoch 1949 erreicht und 1952 war ein Abfallen festzustellen.

Die Zahl der Kirchen und Kapellen der anglikanischen Staatskirche und der Kirche in Wales wird für 1950 mit 16 827 angegeben, was einem Wachstum von 4,1% seit 1921 entspricht.

Eine Übersicht der Eheschließungen in Kirchen und Standesämtern in England und Wales zeigt einen beträchtlichen Rückgang der ersteren zwischen 1844 und 1952. Während 1844 nur 2,6% aller Ehen ohne religiöse Zeremonie geschlossen wurden, waren es 1952 30,6%. Die Katholiken stellten 1,8% der religiösen Eheschließungen im Jahre 1844, 4,9% 1904, 9,1% 1934 und 13,6% 1952. Ihre Gesamtzahl betrug 1952 69,4%.

Ein Kommentar des amtlichen Registrars bemerkt hierzu: „Der fast ununterbrochene Rückgang innerhalb der Staatskirche und Kirche von Wales von 932 ihres Anteils auf tausend religiöse Trauungen 1844 auf 714 im Jahre 1952 weist auf das gleichzeitige Ansteigen der Zivilehe hin, jedoch auch auf Änderungen in der relativen Stärke der verschiedenen Bekenntnisse. In der zweiten Hälfte des

19. Jahrhunderts gab es ein beträchtliches Anwachsen innerhalb der freikirchlichen (nonkonformistischen) Trauungen, sowohl bezüglich der religiösen wie auch der zivilen. Heute ist es jedoch der römisch-katholische Anteil — früher mit seinen stabilen 5% aller kirchlichen Ehen —, der gewachsen ist, und die 18 Jahre von 1934 bis 1952 lassen hier ein außerordentlich starkes Anwachsen von 91 auf 136 pro Tausend erkennen. Die römisch-katholische Kirche allein zeigt innerhalb dieser Zeitspanne bezüglich ihrer Trauungen, verglichen mit allen anderen, einschließlich den zivilen Trauungen, beträchtliche Fortschritte. Ihr Anwachsen ist ungleich über die verschiedenen Teile des Landes verteilt. Es ist verhältnismäßig groß in den ländlichen Provinzen im Nordosten von London sowie in Buckinghamshire and London und geringer in den großen industriellen Gebieten, Lancashire, West Riding und London.“

In einem Artikel im „Tablet“ (14. 1. 1955) zeigt Mgr. Andrew Beck, der jetzt von Brentwood zur Diözese Salford in Mittelengland versetzt worden ist und als Sekretär der englischen Hierarchie in Erziehungsfragen fungiert, daß der Anteil der Katholiken an den privaten Schulen ähnlich anwächst. In den vergangenen Jahren sind 45 000 katholische Schulplätze in 140 Privatschulen besetzt worden. 27 neue katholische Schulen mit Plätzen für etwa 8000 Kinder sind gebaut worden oder stehen kurz vor der Vollendung, und zwar ohne jegliche Beihilfe aus staatlichen Mitteln. Nach einer Schätzung des englischen Unterrichtsministeriums wird erwartet, daß die Zahl der Schulplätze in den von den englischen Katholiken selbst unterhaltenen katholischen Schulen von 382 400 im Jahre 1950 auf 551 956 anwachsen wird (was einer Zunahme von 44% entspricht), wenn die Bau- und anderen Pläne der lokalen Erziehungsstellen durchgeführt sein werden. Englische katholische Erziehungsfachleute betrachten dies als eine sehr vorsichtige Schätzung und glauben, daß die Gesamtzahl noch viel höher liegen wird. Gegenüber den katholischen Schulplätzen und Schulen haben die Anglikaner nur 43 Schulen und 10 050 Plätze, die aus eigenen kirchlichen Mitteln erhalten werden oder kurz vor ihrer Vollendung stehen.

Seit 1947 haben die Katholiken in England fast 20 Millionen Pfund aus eigener Tasche für die Aufrechterhaltung und den Neubau dieser Schulen ausgegeben. Die jährlichen Kosten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Finanzjahr 1954/1955 betragen diese 4 275 345 Pfund; 1955/1956 stieg dieser Betrag für katholische Bauprogramme auf 4 474 877 Pfund; 1956/1957 sind Projekte im Werte von 6 920 092 Pfund vorgesehen. Wenn man vorsichtig die Zahl der Katholiken auf 4 Millionen schätzt, stellen diese Beträge, die jährlich durch Sammlungen allein von den Gläubigen aufgebracht werden müssen, eine erhebliche Leistung dar.

Religiöse Sendungen bei der ITA

Eine Sendung, in der Laien über die Rede des Heiligen Vaters zur schmerzlosen Geburt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 224 ff.) diskutierten, war eine der ersten religiösen Sendungen, die im Januar von der englischen unabhängigen Fernsehgesellschaft (ITA) an Sonntagabenden um 19 Uhr eingeführt worden sind.

Die Zeit von 18.15 bis 19.30 Uhr war bisher im Einvernehmen zwischen BBC und ITA als „geschlossene Zeit“

angesehen worden, da zu dieser Stunde Gottesdienste stattfinden. ITA hat sich jetzt entschlossen, an Sonntagabenden um 19 Uhr religiöse Sendungen zu übertragen, deren Gestaltung zwar von den kommerziellen Programmkompagnien finanziert werden wird, die aber nicht für Reklamezwecke verwendet werden dürfen. Die Entscheidung erfolgte auf Grund verschiedener Klagen von seiten der englischen religiösen Bekenntnisse, die den Kirchen vorwarfen, sich nicht hinreichend der neuen Möglichkeiten des Fernsehens bedient zu haben.

Ein Komitee von drei Vertretern der anglikanischen, nonkonformistischen und römisch-katholischen Kirche ist nun bei ITA gebildet worden, das, wie seine erste Erklärung sagt, „bewußt der gewaltigen missionarischen Möglichkeiten religiöser Fernsehsendungen, darauf achten wird, daß die Qualität der religiösen Sendungen als wirksames christliches Zeugnis auf Fernseher wirken kann“.

Die neuen religiösen Sendungen der ITA werden vorläufig auf Diskussionen zwischen prominenten Vertretern der Kirche über aktuelle Probleme beschränkt bleiben.

Was die Gestaltung der religiösen Sendungen beim kommerziellen Fernsehen angeht, war ursprünglich bestimmt worden, daß diese vom „religiösen beratenden Hauptausschuß der BBC“ beraten werden sollten. Dies erwies sich jedoch bald als undurchführbar, da die kommerziellen Programmgestalter es vorzogen, auf eigene Faust ihre Sendungen aufzubauen. Es wurde bald sichtbar, daß dies keine allgemein befriedigende Lösung bieten konnte und daß ein eigener beratender Ausschuß notwendig sei, der den religiösen Sendungen von ITA die gleiche Beachtung aller religiösen Bekenntnisse, entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke, garantieren könnte wie bei der BBC. Der neue religiöse Ausschuß der ITA wird weiter mit dem der BBC in grundsätzlichen Fragen in Verbindung bleiben, in anderen jedoch als unabhängige Körperschaft arbeiten.

Aus der totalitären Welt

Chronik der polnischen Kirchenverfolgung Die katholische Presse des Westens hat in der letzten Zeit eine Anzahl eingehender und aufschlußreicher Berichte und Erörterungen zur Lage der Kirche in Polen gebracht, Berichte von Männern aus dem Westen, die einige Wochen in Polen verbracht haben und einen kurzen Blick hinter den Eisernen Vorhang tun konnten, und Stellungnahmen des Chefredakteurs der vatikanischen Zeitung „Osservatore Romano“, Federico Alessandrini, zu diesen Berichten (so am 30. 10., 10. 11. und 4. 12. 1955 und am 14. und 16./17. 1. 1956). Der „Documentation Catholique“ ist es kürzlich gelungen, den polnischen Originaltext des gemeinsamen Hirtenbriefs zu erhalten, den der polnische Episkopat im vergangenen September an die Gläubigen Polens gerichtet hat (in französischer Übersetzung vollständig veröffentlicht am 5. Februar 1956; die Redaktion entschuldigt sich, daß sie, „unsere Leser werden begreifen, warum“, die Herkunft des Dokuments nicht angeben könne). In allen diesen Veröffentlichungen geht es — viel mehr vielleicht für das Ausland als für die Gläubigen Polens — um die Frage der sogenannten „progressiven Katholiken“ in Polen: Was repräsentieren sie? Welche Rolle spielen sie in oder gegenüber der Kirche? Wie verhalten sie sich zu Rom? Wie weit geht ihre Gutgläubigkeit? Stiften sie Verwirrung?

Das Schreiben des Heiligen Vaters an den polnischen Episkopat

Die Sorge um die Einheit und Rechtgläubigkeit der Kirche in Polen hat auch den Heiligen Vater bewegt, in seinem „Brief an den polnischen Episkopat“ vom 8. Dezember (anlässlich der 300-Jahr-Feier der heldenhaften Verteidigung des Klosters von Jasna Gora bei Tschenstochau gegen die evangelischen Truppen des Schwedenkönigs Karl Gustav) neben dem Thema der Kirchenverfolgung insbesondere auch das der progressiven Katholiken nochmals zu behandeln. (Der Brief ist im „Osservatore Romano“ vom 13. Januar im lateinischen Originaltext veröffentlicht worden.) Nachdem der Papst des geschichtlichen Anlasses seines Schreibens gedacht und die unerschütterliche Romtreue des polnischen Volkes in der Vergangenheit gerühmt hat — „sie ist eine mächtige Ermutigung für die Nation, standhaft dem Irrglauben des Atheismus zu widerstehen, der unseligerweise versucht, euer katholisches Land zu schwächen und zu verderben“ — und nach der Mahnung: „Es ist dringend notwendig, daß Glaube und Hoffnung in Unglück und Leiden, die ertragen werden müssen, fest bleiben und daß sowohl die öffentlichen wie die privaten Sitten im Einklang mit der Lehre des Evangeliums stehen; denn die göttliche Kraft wirkt für das Heil (vgl. Röm. 1, 16), wenn wir die Begier nach irdischen Gütern verwerfen und die Ratschläge des Geistes und die Handlungen des Lebens nicht in Widerstreit mit dem Glauben stehen, sondern harmonisch mit ihm übereinstimmen“ — geht das Schreiben auf die konkrete Lage der Kirche in Polen ein:

„Schon in Unseren früheren Schreiben, in denen Wir der Glaubensverfolgungen gedacht haben, deren Opfer die Polen sind, haben Wir öffentlich deren Unwürdigkeit angeprangert. Doch dieser traurige Sachverhalt hat sich, wie evident das Unrecht immer sein mag, nicht geändert und scheint sich eher noch zu verschlechtern. Leider kennen auch andere Länder diese traurigen Lebensumstände; Kardinäle, Bischöfe, Priester sind dort im Gefängnis oder verhindert, ihr Amt auszuüben, die Orden sind aus ihren Häusern vertrieben, die katholischen Vereine sind aufgelöst, die katholischen Presseorgane unterdrückt, die katholischen Schulen ihrer Rechte beraubt, und die Freiheit der Kirche erfährt Behinderungen jeder Art. Alle diese teuren Brüder und Söhne, die um der Wahrheit der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, umarmen Wir väterlich und empfehlen sie und ihre Sache inbrünstig Gott, der die Tröstungen und Gnaden freigebig austeilte.

Was euer Land anbetrifft, so kommt dort noch die wachsende Aktivität jener Freunde des Neuen hinzu, die eine Verbindung zwischen falschem Fortschritt und einer ihrer eigentlichen Wahrheiten und Grundsätze entleerten christlichen Religion erstreben. Darum beklagen Wir lebhaft, daß sich in diesem Land gewisse Leute unrechtmäßigerweise in Dinge mischen, die sie nichts angehen. Sie sind sich ihrer wirklichen Aufgabe nicht bewußt und dringen in den Schafstall nicht durch die Türe, sondern auf andere Weise ein (vgl. Joh. 10, 1). Diese fordern Wir väterlich auf, den Anordnungen ihrer rechtmäßigen Vorgesetzten zu gehorchen und dabei ihr eigenes Heil zu finden und der Disziplin und den Interessen der Religion nicht zu schaden. Es ist Uns ein großer Schmerz, zu sehen, daß sie mit ihren Worten und Schriften die Weisungen der christlichen Lehre durch irrige Meinungen, die verbreitet und in gewisser

Weise aufgezwungen werden, zu durchsetzen suchen. Alle müssen mit größerer Sorge darüber wachen, daß das Licht nicht den Finsternissen weicht, sondern daß es sich in eben diesen Finsternissen läutert und eines Tages siegreich leuchtet.“

„Als Du, geliebter Sohn“, so wendet der Papst sich dann an den Primas von Polen, „vor mehr als zwei Jahren unrechtmäßigerweise von Deinem Metropolitansitz entfernt worden bist, haben Wir dieses Unrecht öffentlich und mit sehr ernstesten Worten angeprangert, und Wir prangern es auch heute noch an. In vielen Teilen der Welt, wo die Freiheit kein leeres Wort ist, haben sich einstimmige Proteste gegen dieses Unrecht erhoben. Da nun das Weihnachtsfest naht, flehen Wir auf Dich, geliebter Sohn, und auf die anderen Hirten, die aus den ihnen anvertrauten Kirchen und den Kathedralen vertrieben sind, wo sie gewohnt waren, die heiligen Geheimnisse mit einer stets erneuten Freude zu feiern, die Ausgießung der Tröstungen des unendlich gütigen göttlichen Erlösers herab und wünschen inständig, daß Ihr, wie es die Gerechtigkeit verlangt, in das rechtmäßige Amt, das Ihr innehattet, zurückkehren mögt . . .“

Das Schicksal Kardinal Wyszyńskis

Über das Schicksal Kardinal Wyszyńskis sind seit Oktober v. J. die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf, und auch den westeuropäischen Besuchern Polens (auf deren Berichte wir weiter unten eingehen werden) ist es nicht geglückt, sich Klarheit zu verschaffen, geschweige denn, mit dem Kardinal in Verbindung zu treten. Es hieß, er werde freigelassen. Allgemein nimmt man jetzt an, daß er von dem Kloster, in dem man ihn bisher gefangenhielt, in ein anderes Kloster gebracht worden ist, in dem er jedoch kaum freier ist als in dem, das ihm bisher als Aufenthalt diente. Es soll das den Schwestern von Nazareth gehörige Kloster Komantza bei Sarok in der Nähe von Krakau sein. Es heißt, der Kardinal sei an Lungentuberkulose schwer erkrankt gewesen, jetzt aber wiederhergestellt. Es gibt auch Gerüchte, er sei tot (doch das scheint wirklich nur ein Gerücht zu sein). Kardinal Wyszyński soll an seinem neuen Aufenthaltsort den Besuch des Bischofs von Lodz, Msgr. Klepacz' (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 157), erhalten haben; der „Osservatore Romano“ gibt das (am 4. Dezember 1955) als eine der wenigen feststehenden Tatsachen an. Selbstverständlich ist von einer Wiedereinsetzung des Primas von Polen in seine Ämter an der Spitze der Erzbistümer Gnesen und Warschau keine Rede.

Graham Greene, der einer der Westeuropäer ist, die Polen besucht haben, berichtet in der „Sunday Times“ vom 15. Januar u. a. über die Versuche, die er gemacht hat, um zu dem Kardinal vorzudringen: „Offiziell kann er (der Kardinal) sehen, wen er will, und viele Anhänger der Pax-Bewegung rühmen die gesunde Lage und die Naturschönheit der Gegend, in der er sich befindet. Ich habe mich Herrn Piasecki (Führer der Pax-Bewegung) mit einem offenen Brief an den Kardinal vorgestellt und um die Gunst einer Audienz nachgesucht mit dem Versprechen, unsere Begegnung in der Presse nicht zu erwähnen. Ich habe darum gebeten, wenigstens eine Absage von seiner eigenen Hand zu erhalten, aber ich habe keinerlei Antwort erhalten. Ich halte es für wahrscheinlich“, fügt der englische Schriftsteller hinzu, „daß die Regierung die Verhaftung des Kardi-

nals bereit; sie ist jedoch zu weit gegangen, um noch zurück zu können, wenn sie seine Rückkehr nach Warschau nicht als Gegenleistung für einen Vertrag inszenieren kann . . .“

Westlicher Besuch in Polen

Vom 31. Oktober bis 3. November 1955 feierte die Pax-Bewegung in Warschau ihr zehnjähriges Bestehen. Zu dieser Feier waren auch Delegationen aus westlichen Ländern eingeladen: aus Frankreich, Belgien, Österreich, der deutschen Sowjetzone; auch einige katholische Geistliche aus der Bundesrepublik sollen dabeigewesen sein. Besonders hervorgetreten ist die englische Gruppe, der Graham Greene, der Labourabgeordnete Hugh Delargy, der Chefredakteur der von der Benediktinerabtei Downside herausgegebenen Zeitschrift „Downside Review“, John Todd, und der Korrespondent der katholischen Wochenschrift „The Tablet“, Auberon Herbert, angehört. Diese englischen Gäste sind nach der Tagung noch ungefähr drei Wochen in Polen geblieben und im Lande herumgerast. Die „Pax-Bewegung“ ist ungefähr gleichbedeutend mit der Bewegung der „progressiven Christen“. Ihr Name ist der des Verlagshauses Pax, das gleich nach dem Krieg gegründet worden ist und um das sich die Führer der Bewegung der progressiven Christen schon 1946 scharten. Graham Greene, dem man gewiß nicht nachsagen kann, er sei von vornherein mißtrauisch gegen alles, was sich „fortschrittlich“ nennt, hat sich in sehr interessanter Weise über die Pax-Bewegung in seinem Artikel in der „Sunday Times“ vom 15. 1. 1956 geäußert, und wir können vielleicht nichts Besseres tun, als uns an dieser unvoreingenommenen Quelle zu orientieren. Graham Greene schreibt:

„Die Pax-Bewegung ist vielleicht die zweideutigste Angelegenheit im heutigen polnischen Leben. Ihr Führer, Graf Boleslav Piasecki, war vor dem Krieg Nationalist und Antisemit; während des Krieges kämpfte er tapfer in der Untergrundbewegung zugleich gegen Deutsche und Russen . . . Er ergab sich den Russen und wurde zum Tode verurteilt, jedoch begnadigt und nach Moskau gebracht, von wo er zum Staunen aller Polen nach Warschau zurückkehrte, um dort den Verlag und die Bewegung Pax zu lancieren, die die Schlüsselstellung der von den Aktivisten sogenannten ‚Katholisch-nationalen klerikalen und laikalen Front‘ innehat.

Pax ist eine Gruppe, der nur 350 Mitglieder angehören, alles Laien, und um diese Gruppe herum, die etwas an die Kommunistische Partei erinnert, scharen sich zahlreiche Sympathisierende — viele wirklich aufrichtig —, unter ihnen tausend und einige Priester. Die „progressiven Katholiken“ selber geben an, 2000 von den rund 9000 Priestern Polens gehörten ihrer Bewegung an. Ihr offenkundiges Ziel ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in Polen zu verteidigen — deren viele notwendig waren und bewundernswürdig sind — und damit sozusagen den fortschrittlichen Geist der Katholiken zu beweisen.

Sie dürfen eine gewisse Anzahl westlicher Bücher (z. B. Maritain, Bernanos, T. S. Eliot, Graham Greene, G. v. le Fort) veröffentlichen (und diese Tätigkeit ist sehr zu loben, obwohl der Katechismus, den sie in Hunderttausenden von Exemplaren gedruckt haben, politische Phrasen enthält, die unsere billigen Ausgaben nicht kennen). Sie haben zwei Wochenzeitungen — die neue ‚Tygodnik Powszechny‘ mit einer Auflage von nurmehr 30 000 und ‚Dzis i jutro‘,

die stärker ideologisch ist und eine Auflage von ungefähr 5000 Exemplaren besitzt. ‚Dzis i jutro‘ ist auf den Index gesetzt worden [vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 540], erscheint aber weiter.

Die Gegner von Pax (die die große Majorität der polnischen Katholiken bilden) glauben, daß die Bewegung russisch inspiriert ist und Zwietracht unter die Katholiken bringen sollte — man spricht im Imperfekt, denn wenn dies die Absicht gewesen ist, so ist sie jedenfalls jämmerlich gescheitert. Pax hat nur ganz geringe Bedeutung im katholischen Leben Polens . . .

Es gibt eine entscheidende Frage, auf die ich bei keinem, der mit der Pax-Bewegung sympathisiert, eine klare und direkte Antwort habe bekommen können: Wo ist für euch der äußerste Punkt, von dem an ihr Widerstand leisten müßtet? An welchem Punkt würdet ihr die Regierung darauf aufmerksam machen, daß, wenn sie weiterginge, ihr eure Mitarbeit einstellen würdet? . . . Offensichtlich ist dieser Punkt nicht mit der Verhaftung Kardinal Wyszynskis erreicht gewesen, und die Unschuld des Kardinals lastet auf dem Gewissen vieler Parteigänger der Pax-Bewegung, aber, soweit ich sehe, wenig auf dem ihrer Anführer . . .“

Soweit Graham Greene. Auberon Herbert, der zwei Berichte über seinen Besuch in Polen am 21. und 28. Januar in „The Tablet“ veröffentlicht hat, versucht ebenfalls, unter Berücksichtigung aller Umstände zu einem gerechten Urteil über die Bewegung der „fortschrittlichen Katholiken“ in Polen zu kommen — deren Führer Piasecki ohne Zweifel eine zweideutige Gestalt ist (möglicherweise ist die Haupttriebfeder bei ihm fanatischer Patriotismus: zuerst Nationalist und Judenhasser, dann Untergrundkämpfer, und schließlich will er auch beim Wiederaufbau Polens nicht fehlen, selbst wenn er seinen Glauben verbiegen muß, um mit dem Kommunismus mitzuarbeiten). Herbert nennt ihn einen „Mann von distinguiertem Äußerem, beträchtlichem persönlichem Charme und erprobter taktischer Geschicklichkeit“; obendrein noch von den Kommunisten gleichsam nur „auf Abruf“ von der Todesstrafe befreit! Wie immer nun die eigentlichen tiefsten Absichten der progressiven Christen Polens selber aussehen mögen, es ist klar, daß für die Absichten der kommunistischen Regierung, sich dieser Bewegung zu bedienen, ein solcher Mann eine denkbar geeignete Persönlichkeit ist.

Die „Progressisten“ und die Kirche in Polen

Die Wochenzeitung „Dzis i jutro“ und ein Buch von Piasecki „Zagadnienia Istotne“ sind (wie wir im 9. Jhg., S. 540 berichtet haben) am 8. Juni 1955 vom Heiligen Offizium indiziert worden. „Dzis i jutro“ erscheint weiter. „La Croix“ (22. November 1955) berichtet, daß Piasecki sein Buch, das seine gesammelten Aufsätze enthielt, sogleich aus dem Handel zurückgezogen hat. Das gleiche bestätigt A. Herbert in „The Tablet“ (21. Januar 1956). Keinesfalls hat die Pax-Gruppe sich jedoch ohne Widerrede dem Urteil Roms unterworfen (wie wir in ds. Jhg., S. 63 berichtet haben). Ist also ihre Stellung zu Rom zum mindesten zweifelhaft, so scheint sie im Hinblick auf die Kirche Polens eindeutig: es sind zwei getrennte Welten. Wir hörten, daß die progressistischen Gastgeber Graham Greenes diesen nicht zu Kardinal Wyszynski haben vordringen lassen (oder haben sie trotz ihrer guten Beziehungen zum Regime dazu keine Macht?). Auberon Herbert seinerseits berichtet, daß es ihm bei seinem dreiwöchigen Aufenthalt in Polen als Gast der Pax-Bewegung nicht

gelingen sei, irgendein privates Gespräch mit einem Geistlichen zu führen, der nicht der Pax-Bewegung nahegestanden hätte. Das wichtigste Faktum in diesem Bereich ist zweifellos, daß der ergreifende gemeinsame Hirtenbrief, den der polnische Episkopat am 15. September vergangenen Jahrs am Ende einer viertägigen Tagung beim polnischen Nationalheiligtum der Muttergottes von Tschestochau veröffentlicht hat, um gegen die wissenschaftlich-atheistische Propaganda anzugehen, in der heute noch zugelassenen katholischen Presse des Landes, die ausschließlich in den Händen des Pax-Verlags liegt, nirgends abgedruckt worden ist. Diese Tatsache läßt gewiß noch keinen Schluß auf die innerste Gesinnung der Anhänger der Pax-Gruppe zu, da ihr feste Grenzen vom Regime gezogen sind — sie zeigt aber doch, in welche Abhängigkeit sie sich begeben haben.

Während aber hier, bei den „fortschrittlichen Katholiken“, ein höchst zweideutiger und schwer zu beurteilender Vorgang stattfindet, ist es auf der anderen Seite eine aus allen Berichten hervorleuchtende Tatsache, daß der Glaube des polnischen Volkes in seiner Mehrheit nie glühender und echter war. Die gewaltsamen Veränderungen, die sich in Polen in den letzten 15 Jahren vollzogen haben, haben dem Land einen einheitlicheren katholischen Charakter gegeben, als es je vorher besaß. Die Millionen von Juden sind — auf schreckliche Weise — aus dem nationalen Raum ausgemerzt. Das protestantische Element, das die deutschen Bewohner gewisser Gegenden darstellten, ist mit diesen selber verschwunden. Ebenso ging es mit dem größten Teil der Orthodoxen, die in den heute an Rußland gefallen polnischen Ostgebieten wohnten. Die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, aus denen die deutschen Bewohner fast vollständig vertrieben worden sind, sind mit katholischen Polen aus den abgetretenen polnischen Ostgebieten neu besiedelt worden.

Ist so die Einheitlichkeit der Religion größer denn je, so ist auch die Teilnahme am religiösen Leben stark angewachsen. „Es ist unmöglich, den Wert der Wahrheit zu schätzen“, schreibt Auberon Herbert („Tablet“, 28. Januar), „bis man ihrer beraubt ist. Im kommunistischen Polen existiert objektive Wahrheit nicht mehr, außer in der Kirche.“ Wenn ein Pole die Zeitung liest, so „kann er niemals sicher sein, denn es gibt tatsächlich kein Mittel, festzustellen, was Wahrheit ist und was nur ein neuer Aspekt der synthetisch hergestellten ‚Wirklichkeit‘“. In der Kirche dagegen findet der Mensch die sichere Wahrheit, und das treibt selbst viele, die vorher nur nominell Katholiken waren, in die Kirche zurück.

Auch diese gläubige Menge — das betonen sämtliche Berichte — findet sich jedoch in Polen, im Vergleich mit der Situation der Gläubigen in anderen Satellitenländern, die die „russische Fremdherrschaft“ vollständig ablehnen, in einer zwiespältigen Lage, weil es gewisse Leistungen der „Volksregierung“ gibt, die alle vaterlandsliebenden Polen bejahen: die „Wiedergewinnung“ Schlesiens und der „polnischen Westgebiete“, den glänzenden Wiederaufbau der völlig zerstörten Hauptstadt Warschau, den Ausbau der Industrie, durch die Polen hofft, sein politisches Gewicht immer mehr zu stärken. Für die polnischen Gläubigen bleibt es auch ein tiefer Schmerz und etwas, das sie nicht verstehen können, daß der Heilige Stuhl die kirchliche Organisation der „polnischen Westgebiete“ und Schlesiens immer noch nicht neu geregelt hat. Graham Greene hat sich zum Sprecher dieses Anliegens der Polen (und nicht

nur der „patriotischen Polen“) gemacht und dem Heiligen Stuhl Unverständnis gegenüber der Lage der polnischen Kirche in diesen Gebieten vorgeworfen. Gegen diese Mißdeutung hat der „Osservatore Romano“ vom 3. Januar 1956 Einspruch erhoben und nochmals auf den altherwürdigen Grundsatz Roms verwiesen, niemals kirchliche Neuordnungen in Gebieten zu treffen, über deren Staatszugehörigkeit kein Friedensvertrag endgültig entschieden hätte (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 154). Daß der polnische Episkopat in diesem Punkt genauso fühlt wie das polnische Volk, ist bekannt (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 115).

Mahnungen der Bischöfe an das polnische Volk

Obwohl der gemeinsame Hirtenbrief des polnischen Episkopats vom 15. September 1955 nun bereits ein halbes Jahr zurückliegt, möchten wir doch die aufschlußreichsten Stellen daraus auch jetzt noch unseren Lesern zugänglich machen; sie beleuchten die Wirklichkeit des christlichen Lebens in Polen und mehr noch die vorsichtige Art, mit der gewisse Fragen in Polen behandelt werden müssen.

Nach der einleitenden Lobpreisung der Mutter Gottes, der Königin Polens, wenden sich die Bischöfe an das Volk, „um in besonderer Weise die Verbundenheit des Episkopats mit dem polnischen Volk und die Verbundenheit Polens mit der Heiligen Katholischen Kirche zu bekräftigen“. Ihr Anliegen ist es, „auf die wichtigsten Wahrheiten hinzuweisen, die die Kirche gegenwärtig in Polen verkündet und verteidigt. Man kann sie in folgende Punkte zusammenfassen: Die Kirche Christi erleuchtet den Verstand, weckt das Gewissen, fördert die guten Sitten und belebt die geistigen Kräfte, die der Quell allen materiellen, sozialen und kulturellen Fortschritts sowie die Grundlage des übernatürlichen Lebens sind.“

Die Erläuterungen zu den ersten dieser Punkte sind mehr allgemeiner Art. Erst mit dem Thema der geistigen Kräfte, die der Hebel jedes materiellen, sozialen und kulturellen Fortschritts sind, kommen sie zu den besonderen Problemen des polnischen Volkes. Da heißt es:

„Jede menschliche Bemühung, die materiellen Wohlstand zum Ziel hat, ist lobenswert, aber da es sich dabei um den Menschen handelt, ist diese Bemühung auch mit sittlichen Werten verquickt und darauf gegründet. Wer daher diese fördert, trägt zugleich zum materiellen Fortschritt bei. Gott hat dem Menschen die Erde und den Verstand gegeben, damit er, indem er nach materiellem Wohlergehen strebt, zugleich sich selber vervollkommnet. Andererseits wissen wir wohl, daß materielle Kultur ohne geistige Kultur für schlechte Menschen schädlich und selbst für die Gesellschaft gefährlich werden kann. Darum warnt uns die katholische Kirche, obwohl auch sie zum materiellen Wohlergehen beiträgt und es segnet und zugleich auch den Wert der menschlichen Anstrengung auf diesem Gebiet unterstreicht, vor dem übertriebenen Kult der Materie.

Dann bringt die katholische Sittenlehre alles zum Verschwinden, was die geistigen Bande zwischen den Menschen zerreißen, ihr gemeinschaftliches Leben erschweren, den Frieden und die soziale Wohlfahrt zerstören kann. Selbst im verborgenen innersten Herzen ist es niemals erlaubt, den andern Böses zu wünschen, sich an ihrem Unglück zu freuen, sie um ihr Wohlergehen zu beneiden, sie zu streng zu beurteilen oder sie zu hassen... Selbst um den Preis eines Kampfs mit mir selbst bin ich verpflichtet, dem, der mich beleidigt hat, alle Beleidigung zu verzeihen.

Im Herzen der Christen ist eine wahre Revolte gegen die unserem Bruder, jedem unserer Brüder, zumal dem schwachen, angetane Ungerechtigkeit geweckt worden. Zudem besteht die Verpflichtung zur Arbeit für uns alle, Arme wie Reiche. „Wenn jemand nicht arbeiten will“, sagt der Völkerapostel, „soll er auch nicht essen.“ Doch derselbe Apostel sagt: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.“ Die Ausbeutung des Arbeiters, die Zurückhaltung seines Lohnes sind Verbrechen, die die Rache des Himmels herbeirufen... Die katholische Kirche hat immer mutig die Verteidigung der Schwachen und Ausgebeuteten übernommen, selbst um den Preis schwerer Gefahren, denen sie sich aussetzte.

Mehr noch: wenn trotzdem jemandem Ungerechtigkeit oder Beleidigung widerfahren ist, hat die katholische Kirche ihm durch ihre immer tätige Liebe Hilfe gebracht, soweit es möglich war. Überall, wo es möglich ist, eröffnet sie Krankenhäuser, Kindergärten, Waisenhäuser und andere Einrichtungen sozialer Hilfe...“

Das Hirtenschreiben geht nach diesen Hinweisen, die offenbar daran erinnern sollen, daß es zuerst die Kirche war, die die Ideen und Taten in die Welt gebracht hat, mit denen der Kommunismus ihr nun die Gläubigen zu entlocken sucht, dazu über, darzulegen, was 1000 Jahre Christentum Polen gelehrt haben. Dann heißt es zum Schluß:

„Alle, im Lande selbst sowohl wie im Ausland, können heute feststellen, daß inmitten der furchtbaren geschichtlichen Bedrängnisse und Prüfungen das polnische Volk, das so viele vergängliche, illusorische und enttäuschende Dinge gesehen hat, in seinem Innern mit Stolz und Freude die wirklichsten, kostbarsten und untrüglichen Dinge entdeckt. Die göttliche Gnade und unsere geistige Kraft, das Ergebnis unserer sittlichen Kämpfe, denen wir noch gestern nicht allzuviel Aufmerksamkeit geschenkt haben und deren wir uns vielleicht nicht einmal bewußt waren, überfluten heute, aufgedeckt und zum Glühen gebracht wie ein sehr kostbares Erz, unsere Seelen und erlauben uns, unsere inneren Fehler, unser Versagen, unsere Zusammenbrüche klarer zu sehen, und flößen uns den lebendigen Wunsch ein, uns innerlich zu erneuern. Daher das wunderbare Phänomen, daß die Herzen und Seelen der Polen sich heute wie nie zuvor Gott, der Kirche, dem Evangelium öffnen. Daher strömen die Polen heute in Massen zu den katholischen Heiligtümern, umlagern die Beichtstühle und den Tisch des Herrn, und entgegen den Befürchtungen der einen und den Vorhersagen der andern wird die Teilnahme an den Fasteneinkertagen jährlich größer.“

Was unsere Zukunft angeht, so liegt sie in Gottes Hand. Laßt uns nicht kleinmütig sein: aus jeder Bedrängnis, jeder Prüfung ist die Kirche stets siegreich hervorgegangen, noch reiner, stärker und strahlender... Die katholische Kirche in Polen bleibt nicht nur bestehen, sondern beweist auch eine Lebenskraft, die der vergangener, anscheinend sehr blühender Zeiten keineswegs nachsteht... Die Zugehörigkeit zu dieser Kirche erlegt uns jedoch auch Pflichten auf. Vor allem die, diese göttliche Institution zu lieben von ganzem Herzen: ihr Leid wird unser Leid sein, ihre Freude unsere Freude.“

Ganz kurz geht das Hirtenschreiben zuletzt noch auf gewisse Nationalübel ein, die der echte Katholik bekämpfen muß: Trunksucht, Egoismus, Brutalität, das Fluchen. Mit einem Wort nur wird erwähnt, daß alle mit den Priestern zusammen Sorge für die religiöse Erziehung der Jugend zu tragen haben.

Die religiöse Erziehung der Jugend ist im heutigen Polen allein Aufgabe des Elternhauses und der Priester. Der Religionsunterricht in den Schulen ist, nachdem die Regierung lange nur indirekte Maßnahmen getroffen hatte, die Kinder um die Glaubensunterweisung in der Schule zu bringen, Anfang 1955 offiziell verboten worden (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 349). Ein großer Teil der polnischen Jugend, die keinen religiösen Halt mehr hat, lebt heute schon in tragischen sittlichen Verhältnissen (so berichtet Frau Maria Kasterska in „La Croix“, 12. Januar 1956). Ganz besonders schlimm steht es bei der Arbeiterjugend. Seit der Einführung der Zivilehe, die von der Regierung sehr empfohlen wird, sind Ehescheidungen an der Tagesordnung. Es wird sehr früh und rasch geheiratet und ebenso rasch wieder geschieden. Die gesamte kommunistische Presse Polens beklagt gegenwärtig diesen Zustand. Unter vielen anderen Gründen sind die Wohnverhältnisse, zumal der jungen Arbeiter, schuld an diesen Zuständen. Die Arbeiter wohnen in den neuen Industriezentren Polens in sogenannten Arbeiterhotels, in denen jedes Zimmer von drei bis vier Kameraden männlichen oder weiblichen Geschlechts bewohnt wird. Eine Nachricht aus Nowa Huta, der großen neuen Industrieanlage bei Krakau, dem Stolz der Regierung, besagt, daß dort kürzlich 372 Ehen geschlossen wurden; 200 der Jungverheirateten wohnen in Arbeiterhotels. Der junge Ehemann besucht abends seine Frau in ihrem Zimmer, das sie mit mehreren Kameradinnen teilt.

Noch trauriger ist das Problem der „freien Liebe“, die bei der Universitätsjugend, vor allem aber auch wieder in den Industriezentren herrscht. Es gibt Brigaden junger Arbeiter, die sie als „Sport“ betreiben. Die Folgen sind unerwünschte Schwangerschaften, Kindesaussetzung, Selbstmord, zerstörte Leben, sehr häufig Prostitution der verlassenen Mädchen. Die Mehrzahl dieser jungen Mädchen ist 16 bis 19 Jahre alt.

Die katholisch-progressivistische Wochenzeitung „Tygodnik“ berichtet (nach KNA, 31. Januar 1956), daß in Polen gegenwärtig rund 600 000 Abtreibungen im Jahr durchgeführt werden. Sie sind bisher ungesetzlich gewesen. Der Staat bereitet jetzt ein Gesetz vor, das die Abtreibung unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt; die Zahl der Abtreibungen wird sich dann vermutlich noch erhöhen. (In Polen werden gegenwärtig jährlich rund 800 000 Kinder geboren, von denen rund 100 000 im ersten Lebensjahr sterben.)

Einen Damm gegen diese Verhältnisse könnte nur eine gründliche religiöse Erziehung bilden; aber das ist das einzige Mittel, das die Regierung gegen diese Bedrohung ihres Volksbestandes nicht anwenden wird.

Aus Amerika und Asien

Probleme der Automation

Für das Stichwort der zweiten industriellen Revolution gibt es noch keine deutsche Übersetzung des Namens „Automation“, der wahrscheinlich von John Diebold, dem maßgebenden Theoretiker dieser industriellen Methode, erfunden worden ist. Aber in der ökonomischen Literatur der Vereinigten Staaten spielt die Automation eine überragende Rolle, und auf keiner wirtschaftlichen Grundsatztagung bleibt sie unerörtert. Auch die Gesetzgebungs-

organe befassen sich mit ihrem Studium. Am 14. Oktober 1955 veranstaltete ein Unterausschuß des „Joint Committee on the Economic Report“ im amerikanischen Kongreß eine Sachverständigenbefragung über ihre Probleme, die sich über neun Tage hinzog. „America“ (12. November 1955, S. 177) gab darüber einen kritischen Bericht.

Was „Automation“ genau bedeutet, darüber ist man sich noch nicht einig. Man versteht, wie einer der Sachverständigen vor dem Kongreßausschuß sagte, bei so vielen Leuten so viele Dinge unter diesem Wort, daß sich sein Gebrauch nicht empfiehlt. Nichtsdestoweniger gibt es diese vielen Dinge, und sie revolutionieren mehr und mehr das gesamte Wirtschaften.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ definiert in einem gut unterrichtenden Aufsatz über „die Automation und ihre Probleme“ (6. Dezember 1955) ihr Wesen als „Lenkung und Kontrolle der Maschinen durch Maschinen“. Daraus ergibt sich, worin die revolutionierende Wirkung der Automation besteht. In der ersten industriellen Revolution wurde die menschliche Muskelkraft durch die Maschine ersetzt, in der zweiten tritt das menschliche Gehirn ihr seinen Platz ab, soweit es bis jetzt noch gleichbleibende rechnerische oder kontrollierende Funktionen erfüllte. Diese Automation hat eine neue Wissenschaft hervorgebracht, die Kybernetik. Ihr Name wird von dem griechischen Wort für „Steuermann“ abgeleitet. Es handelt sich also darum, daß die Tätigkeit der Produktionsmaschinen maschinell geregelt und kontrolliert wird.

Die Automation ist durch den Zweiten Weltkrieg beschleunigt worden, in dessen ferngelenkten und automatischen Waffen ihre ersten Modelle geschaffen wurden. Heute hat die Automatisierung in zahlreichen Betrieben der USA die Grenze des Unwahrscheinlichen erreicht. Die „Neue Zürcher Zeitung“ nennt einige Beispiele. In Ohio stellt ein Betrieb täglich mit vier Arbeitern und einem Aufseher ungefähr 650 000 amerik. Pfund Napalm her. Die Kostensenkung beträgt mehr als die Hälfte. Derartige Automatisierungen gibt es besonders in Munitionsfabriken, Ölraffinerien, chemischen Betrieben, Getreidemühlen, also in Werken, deren Produktionsprozeß nach Material und Konjunktur gleichmäßig abläuft. Ein neues Motorenwerk von Ford in Ohio produziert auf einem 500 m langen Fließband stündlich 100 Motoren in 540 Arbeitsphasen. Dazu sind 41 Arbeiter erforderlich, während man früher 117 dazu benötigte. Noch größer sind die arbeitssparenden Wirkungen der automatischen Maschinen in den Büros. Versicherungsgesellschaften und ähnliche Unternehmungen ersetzen durch Riesenrechen- und -schreibmaschinen die mechanische Arbeit von Tausenden von Büroangestellten. Über den Umfang der Industrie, die sich mit der Herstellung solcher Maschinen und Kontrollapparate beschäftigt, bestehen verschiedene Ansichten. Diebold schätzt die Jahresproduktion von 750 derartigen Unternehmen auf einen Wert von 3 Milliarden Dollar, andere Schätzungen rechnen mit dem fünften oder sechsten Teil dieser Summe. Jedenfalls handelt es sich um einen unaufhaltsamen Prozeß, dessen wirtschaftliche und soziale Folgen zu rechtzeitiger Beobachtung mahnen.

Die amerikanischen Unternehmer sind der Meinung, die auch vor dem Untersuchungsausschuß im wesentlichen standhielt, daß die Automation auf lange Sicht die Produktion steigern und stabilisieren, daß sie aber zunächst zu vorübergehenden Störungen am Arbeitsmarkt führen werde. Dabei gehen die Unternehmer von der Annahme

aus, daß die steigende Nachfrage auch fernerhin eine Steigerung der Produktion verlangen wird, die die Industrie mit den bisherigen Methoden gar nicht bewältigen kann. Die Steigerung der Nachfrage hänge ihrerseits von der Senkung der Preise ab, die wiederum nur durch Absatzsteigerung erreichbar sei. Rein wirtschaftliche Erwägungen drängen also zur Beschleunigung dieses revolutionierenden Prozesses. Man unterstreicht, daß nach allen Erfahrungen gesteigerte Rationalisierung immer auch eine Steigerung der Beschäftigungszahlen im Gefolge hat. Auch die Gewerkschaften stehen diesem Prozeß an und für sich nicht ablehnend gegenüber. Sie fordern nur Sicherungen gegenüber den Auswirkungen der Übergangszeit. Als solche nennen sie die Steigerung der Kaufkraft, Senkung des Pensionsalters, Umschulung der Arbeiter, Kredite für kleinere Unternehmungen, garantierte Jahreslöhne und kürzere Arbeitszeit. Ein Teil dieser Forderungen wird durch die Automation von selbst erfüllt werden. Nach Ansicht von Walter Reuther wird die 4-Tage-Woche in zehn Jahren allgemein durchgeführt sein. Auch die Forderung nach garantierten Jahreslöhnen bricht sich schneller Bahn, als man zunächst glauben mochte. „America“ berichtete am 5. 11. 1955, daß bereits 70 Automobilproduzenten dem Beispiel von Ford gefolgt sind und daß auch andere Industriezweige darüber mit den Gewerkschaften bereits Abschlüsse erzielt haben. Ein halbes Jahr nach dem Beginn dieser Bewegung seien bereits 1 Million Arbeiter im Besitz irgendeiner Form von derartigen Garantien.

Andere Gesichtspunkte kommen hinzu, wenn man nach den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Automation fragt. Die überaus hohen Investitionskosten für die Automation werden vermutlich das Verhältnis zwischen Groß- und Mittelbetrieben sehr zugunsten der ersteren verändern, wenn diese Kosten auch jetzt schon fallende Tendenz haben. Ferner werden sich die Ansprüche an die Intelligenz der Arbeiter steigern, ja diese werden zum Teil eine bisher unbekannte Höhe der Vorbildung haben müssen. Andererseits wird eine große Zahl von weniger qualifizierten Arbeitskräften überflüssig werden.

Nun glaubt man in Amerika aber, daß die Bevölkerungsentwicklung und die allgemeine Erhöhung des Lebensstandards zur Regelung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt beitragen wird. Man rechnet damit, daß die Gesamtbevölkerung in USA in den nächsten zehn Jahren um etwa 30 Millionen zunehmen wird. Von ihnen werden aber wegen der Veränderung in der Altersgliederung und des wachsenden Andranges zu Hochschulberufen nur etwa 7 Millionen am Arbeitsmarkt in Erscheinung treten. Von diesen und den im Zuge der Automation zur Entlassung kommenden Arbeitskräften werden eine große Zahl in denjenigen Wirtschaftszweigen unterkommen, die sich mit der Erhöhung des Lebensstandards und der Vermehrung der Freizeit entwickeln dürften (z. B. Vergnügungsindustrie, Touristik). Es gibt, wie man glaubt, auch genügend innerwirtschaftliche Momente, die gegen eine überstürzte Automation wirksam werden. Vielen Betrieben sind schon aus technischen Gründen oder vom Material her Grenzen gesetzt. Sodann zeigt der Konsumentengeschmack eine gewisse Neigung zum individuellen oder wenigstens in vielen Ausführungen typisierten Konsumgut. Schließlich rentiert sich die Automation wegen der hohen fixen Kosten nur dann, wenn man der Expansion des Marktes und der gleichmäßigen Ausnutzung der Kapazität zu allen Jahres-

zeiten sicher ist. Deshalb werden die konjunkturrempfindlichen und saisonbedingten Industrien von selbst zur Mäßigung und Vorsicht gezwungen.

So hofft man in Amerika, die zweite industrielle Revolution leichter und besser zu meistern, als der Frühkapitalismus die erste bewältigt hat. Das Problem liegt, wie man wohl richtig sieht, weniger in der technischen und volkswirtschaftlichen Bewältigung der Probleme als darin, wie die Menschen persönlich die Chance benutzen werden, die ihnen die vermehrte Güterfülle und die vermehrte Freizeit schon in absehbarer Zeit bieten können. Katholische Beobachter, unter ihnen ein so kompetenter Sachverständiger des sozialen Lebens wie es Benjamin Masse ist, warnen aber davor, einem unvermeidlichen Prozeß mit Ablehnung und Furcht begegnen zu wollen. Wie jeder Fortschritt, so soll auch dieser nicht zum Lamentieren reizen, sondern zu einer ihm angepaßten geistigen und seelischen Erziehung.

Die größten Zeitungen Nach dem neuesten Stand („Zeitungen der Welt“ Verlag und Zeitschriften-Verlag“, 15. Januar 1956) haben in der Welt folgende Tageszeitungen die höchsten Auflagen:

1. <i>Mainichi Shimbun</i> , Tokio	6,0 Millionen
2. <i>Daily Mirror</i> , London	4,6 „
3. <i>Asahi Shimbun</i> , Tokio	4,5 „
4. <i>Daily Express</i> , London	4,2 „
5. <i>Pravda</i> , Moskau	2-4 „
6. <i>Bild-Zeitung</i> , Hamburg-Frankfurt	2,4 „
7. <i>Daily Mail</i> , London	2,2 „
8. <i>Daily News</i> , New York	2,1 „
9. <i>Daily Herald</i> , London	2,0 „
10. <i>Evening News</i> , London	1,5 „
11. <i>France Soir</i> , Paris	1,2 „
12. <i>Chicago Tribune</i> , Chicago	1,0 „

Erster asiatischer Kongreß für das Laienapostolat in Manila Vom 3. bis 8. Dezember 1955 fand in Manila (Philippinen) die erste Tagung für alle diejenigen statt, die in Asien führend im Laienapostolat tätig sind.

Das ist ein großes Ereignis in der Geschichte der Kirche. Zum ersten Mal ist die asiatische Christenheit als eine Einheit aufgetreten. Und obwohl manche ihrer Delegierten aus Ländern kamen, in denen die Christen nur eine verschwindende Minderheit darstellen, ist die Kirche in Asien heute zu dem Bewußtsein erwacht, in diesen Ländern mit ihrer alten Kultur, die aber heute von Materialismus und Kommunismus bedroht sind, könne nur sie als asiatische Kirche in der Gemeinschaft der Weltkirche Rettung bringen. Wo die Widerstandskraft der alten Kultur versagt, ist die Kirche Christi die einzige und wirkliche Hoffnung. Die asiatischen Kirchen sind dabei ebenso wie die abendländische Kirche sehr stark auf die Mitarbeit katholischer Laienkräfte angewiesen. Daß diese vorhanden sind, ermöglichte überhaupt erst diesen Kongreß.

An den Vorbereitungen hatte das römische „Ständige Komitee für die internationalen Kongresse für das Laienapostolat“ unter der Leitung von Vittorino Veronese maßgebend mitgewirkt. Die Vertretungen der einzelnen asiatischen Länder waren von der Hierarchie sorgfältig ausgewählt, was sachgemäße Besprechungen in den Arbeitskreisen gewährleistete. Anwesend waren Vertreter aus Burma, China (Formosa), Ceylon, Goa, Hongkong,

Indien, Indonesien, Japan, Korea, Malaya/Singapore, Pakistan, Thailand, Vietnam und natürlich aus dem Gastland, den Philippinen. Als Beobachter war eine Gruppe führender Laien Australiens zur Teilnahme gebeten worden, da dieser Erdteil ohne Zweifel für die Entwicklung vor allem Ostasiens bedeutsam ist. Fachwissenschaftler aus Europa und Amerika, unter ihnen z. B. der bekannte Experte für landwirtschaftliche Fragen, Msgr. Ligutti (USA), waren eingeladen worden, um in den Arbeitskreisen über ihre Erfahrungen befragt werden zu können. Etwa 20 Bischöfe Asiens waren erschienen, an ihrer Spitze Kardinal Gracias, der Erzbischof von Bombay, der nicht nur bei allen Hauptversammlungen des Kongresses den Vorsitz führte, sondern auch durch seine Reden und Diskussionsbeiträge dem Kongreß das Gepräge seiner Persönlichkeit gab.

Theologische Begründung des Laienapostolats

In seinem Eröffnungsvortrag legte Kardinal Gracias meisterhaft in großen Linien die theologische Begründung des Laienapostolates dar. Pflicht jedes Christen ist es, als Glied des mystischen Leibes Christi Apostel zu sein. Die Form, in der er sein Apostolat ausübt, kann er sich selbst wählen, aber er muß, heute mehr denn je, aktiv an der Ausbreitung des Reiches Christi mitarbeiten. Der Kardinal warnte vor der Blickverengung, die nur die eigene Pfarrei als Wirkungsfeld sieht und nicht die Weite der christlichen Aufgabe im öffentlichen Leben erkennt. Die eben zur Selbständigkeit erwachten Nationen Asiens brauchen gerade den Beitrag der Katholiken, um zur vollen Entfaltung eines gesunden nationalen Lebens zu kommen. Darum muß der Laie in alle Bereiche des Lebens seine katholische Überzeugung hineintragen. Er darf sich nicht abseits halten, sondern muß hundertprozentig, und nicht halb oder mittelmäßig, mitwirken. Freilich ist es ohne rechte Schulung und ohne ein starkes religiöses Innenleben der Träger des Laienapostolates nicht möglich, daß sie wirksame Werkzeuge in den Händen der Kirche sein können.

Die Einheit und Verschiedenheit Asiens

Dieser Kongreß, den Kardinal Gracias „asiatisch in der Färbung, katholisch in der Linienführung“ nannte, brachte in den folgenden Referaten die Anwendung dieser Prinzipien auf die Lage Asiens. Prof. Paul K. T. Sih, ein Chinese, der jetzt Direktor des Instituts für fernöstliche Studien an der Seton-Hall-University in Newark (New Jersey) ist, sprach über die „Einheit und Verschiedenheit Asiens“. Kurz und treffend kennzeichnete er die vier großen Gedankensysteme Asiens: den Konfuzianismus als Moral, aufgebaut auf dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Familie, den Taoismus als Philosophie, die die Beziehungen zwischen dem Menschen und der Natur harmonisch und weise regelt, den Buddhismus als Versuch der Negation des Leidens, den Hinduismus als Streben zur Vereinigung mit dem ewigen Geist in universaler Liebe und menschlichem Mitleiden. Einheit trotz dieser Vielheit äußert sich in der Haltung mancher moderner Asiaten, die diese verschiedenen Religionen als gleichwertig ansehen, wenn sie auch selbst einer bestimmten Richtung angehören. Eine tiefere Einheit liegt jedoch in der Konzeption Gottes, den der Asiate als unfassbar und im höchsten Maße transzendent ansieht, wobei unverkennbare Ähnlichkeiten zu Auffassungen wie denen des Nikolaus von Cues über unser Nichtswissen von Gott fest-

zustellen wären. Prof. Sih bestätigte die Erkenntnis Mr. Wus, der schrieb: „Der Osten ging weiter in der Betrachtung des Übernatürlichen als der Westen. Der Osten trat zu früh in die Phase der Betrachtung ein, während der Westen zu lange im Stadium des diskursiven Denkens verweilte.“ Um dem Ansturm des Materialismus, der in Asien mit dem 19. Jahrhundert einsetzte, zu widerstehen, bedarf es einer stärkeren Spiritualität als der bisherigen. Die alten vier Gedankensysteme des Ostens genügen nicht mehr. Sie haben sich als unfähig erwiesen gegenüber dem einbrechenden Übel des Materialismus, weil sie zu eng mit den örtlichen Kulturen und Traditionen verbunden und dadurch begrenzt waren. Die Tatsache der geistigen Krise von heute ist nicht zu leugnen. Das Wort „Krise“ wird vielsagend im Chinesischen mit zwei Zeichen wiedergegeben: mit dem Zeichen für „Gefahr“ und „Gelegenheit“. Diese Gelegenheit, die sich heute dem Christen in der Krise bietet, muß genutzt werden: Es ist die Stunde des Laien in der Kirche, er muß das alte Erbe, bereichert mit den übernatürlichen Werten der Kirche, erneuern, er muß, beseelt von heiligem Eifer, all seine Gaben und Fähigkeiten einsetzen, um seine Umwelt zu beeinflussen und seine Generation zu bekehren. Als konstruktives Programm für die Wirksamkeit des Laien möchte Prof. Sih drei Dinge in Asien verwirklicht sehen: einen Kreuzzug des Gebetes für den Frieden, eine asiatische Gründung, die die Führerschaft der Laien schult, vor allem die Intellektuellen und die Arbeiter, und eine machtvolle katholische Presse, evtl. sogar eine asiatische Tageszeitung in englischer Sprache.

Laienapostolat und öffentliches Leben

Nach dieser groß angelegten Rede wurde ein wichtiges Teilproblem des Laienapostolates behandelt: das Wirken im öffentlichen Leben. Hierüber sprach der junge Senator Soc. Rodrigo, der erst kurz vor dem Kongreß in das philippinische Parlament gewählt worden war und offenbar ein besonderer Liebling des philippinischen Volkes ist, wie die begeistertsten Ovationen, mit denen er überall empfangen wurde, zeigten. Er behandelte die heikle Frage: „Kolonialismus und christliches Gewissen“, mit der sich heute jeder katholische Asiate auseinandersetzen muß, weil sie den Fortschritt der Kirche in Asien berührt. Es darf nicht so kommen, daß asiatische Völker glauben, daß sie Freiheit und Frieden durch Karl Marx erhalten könnten, sondern Asien muß überzeugt werden, daß echte Freiheit und echter Friede und damit auch echter Fortschritt ihm nur durch Christus und seine Kirche geschenkt werden können. Die Asiaten müssen darüber aufgeklärt werden, daß die modernste Form des Kolonialismus der Kommunismus ist, der von Rußland her die Völker unterjocht. Er empfahl den Katholiken unerschütterliches Festhalten an den Grundsätzen der Freiheit und der Selbstbestimmung, Einstehen für ihre eigenen Kulturwerte, Hilfe für die vom Kolonialismus bedrängten Völker. Dieser Aufruf eines politisch sehr angesehenen Katholiken wirkte um so mehr, da man wußte, daß er diese Gedanken in seinem Leben vorbildlich verwirklicht.

Asiens gegenwärtige Probleme

Pater P. A. Pillai OMI, Präsident der Katholischen Aktion von Colombo (Ceylon), behandelte die besonderen Eigentümlichkeiten des Laienapostolates im heutigen Asien. Die Massen der Völker sind unterentwickelt, sie leben in einer dem Europäer fast unvorstellbaren Armut.

Die Lösung der sozialen Frage, vor allem eine Hebung des Lebensstandards der Landbevölkerung, muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Kommunistische Tätigkeit macht sich überall bemerkbar, ihr entgegenzuarbeiten wird Hauptaufgabe des katholischen Laienapostolates in Asien sein. Übersteigter Nationalismus hindert in manchen Ländern die normale, ruhige Entwicklung. Die Katholiken bilden die Minderheit, mit Ausnahme der Philippinen, die mit ihren 92 Prozent Katholiken als einziges katholisches Land Asiens angesprochen werden können. Das Laienapostolat Asiens muß sich für eine gerechte Landverteilung, eine echt soziale Gesetzgebung einsetzen, es muß versuchen, eine eigene bodenständige christliche Kultur aufzubauen. Das sind Aufgaben, deren Verwirklichung langsam und organisch, vielleicht in langjähriger Arbeit, heranreifen muß. Was aber jeder Laie, wo er auch stehen mag, schon jetzt und ständig verwirklichen kann, ist dieses: durch ein vorbildliches Leben im Alltag aus Liebe und Gerechtigkeit zu handeln und dadurch seine Umgebung zum Glauben zu führen.

Die Katholische Aktion

Msgr. Pietro Pavan, Rom, gab in seinem Vortrag genauere Einzelheiten über die Formen des Laienapostolates. Laienapostolat kann entweder individuell ausgeübt werden oder in organisierter Form. Nur wenn es organisiert ist, bezeichnet man es als „Katholische Aktion“. Man unterscheidet Organisationen für „Allgemeine Katholische Aktion“ und solche, die sich spezialisieren, sei es auf einen bestimmten Beruf, ein bestimmtes Milieu oder auf die Familie. Alle Formen der Katholischen Aktion müssen zwei Wesenszüge aufweisen können: Sie müssen im Auftrag der Hierarchie stehen, und sie müssen eine religiöse, kirchliche („ekklesiale“) Zielsetzung haben. Ein weiteres, von dem Voraufgehenden zu trennendes Wirkungsfeld des Laienapostolates liegt in dem rein zeitlichen („temporalen“ im Gegensatz zum „ekklesialen“) Bereich: Es ist dies die Beteiligung der Katholiken — sei es einzeln oder in Organisationen — an den Arbeiten christlich inspirierter Vereinigungen (z. B. Parteien, Gewerkschaften usw.), deren Zielsetzung primär im zeitlichen, innerweltlichen, z. B. im wirtschaftlichen, berufsgenossenschaftlichen, politischen oder kulturellen Bereich liegt. Während für die erstgenannte Gruppe, die der „Katholischen Aktion“, die Hierarchie mitverantwortlich ist, ist sie für die Arbeit der letzteren nicht direkt verantwortlich zu machen.

Daß Vorträge von so entscheidender Thematik manche Fragen weckten, war zu erwarten. Überraschend aber war die Offenheit und Kühnheit, mit der in der großen Versammlung — sie mochte etwa 1000 bis 1200 Anwesende umfassen — gleich nach den Vorträgen die Delegierten mit ihren Fragen vor das Mikrophon traten und ihre Zweifel und Einwände vorbrachten. Einer wünschte nach dem Vortrag von Prof. Sih zu wissen, ob denn nun der Buddhismus als Religion oder als Philosophie zu werten sei, denn für ihn, dessen ganze Familie noch buddhistisch sei, bedeute dies eine Lebensfrage; geschickt wies Kardinal Gracias ihn auf den rechten Weg für solche Fragen: nur Rom kann hier auf Antrag der örtlichen Hierarchie entscheiden. Oder die Frage eines philippinischen Rechtsanwaltes, der fragte, wie man sich denn verhalten solle, wenn der Vertreter der Amtskirche die Hilfe der Laien nicht wünsche, worauf Kardinal Gracias liebenswürdig meinte, daß nach diesem Kongreß wohl jeder von der Wichtigkeit des Laienapostolates überzeugt sei und auch

der Laie einen Schlußstrich unter früher Gewesenes setzen müsse und neu beginnen solle.

Themen der Arbeitskreise

Die Hauptarbeit des Kongresses geschah jedoch in den Arbeitskreisen der Nachmittage. Sechs Arbeitskreise waren gebildet worden: Laienapostolat auf dem Gebiet der Erziehung, insbesondere in der katechetischen Arbeit; Laienapostolat im öffentlichen Leben, insbesondere im Hinblick auf die Arbeiterfrage; Laienapostolat und die Problematik der Landwirtschaft; das kulturelle Leben, insbesondere Beeinflussung der öffentlichen Meinung; Wohlfahrtsmaßnahmen und christliche Liebestätigkeit; die Frau und die Familie. Zunächst wurde in jedem Arbeitskreis von jeder Delegation ein Kurzbericht von drei Minuten über die Lage des betreffenden Landes in dem entsprechenden Bereich gegeben. Dies ermöglichte einen guten Überblick über die Gesamtsituation. Dann wurden gemeinsam die besten Methoden zur Inangriffnahme der verschiedenen Probleme überlegt, wobei die Erfahrungen z. B. von Msgr. Ligutti auf dem Gebiet der Landvolkfragen oder von Mlle. de Hemptinne, Brüssel, auf dem Gebiet des Katechismusunterrichtes wertvolle Hilfe boten. Vor allem war das Augenmerk auf eine größere internationale Zusammenarbeit in den verschiedenen Sektoren gerichtet. Die Entschließungen, die in der gemeinsamen Schlußversammlung vorgetragen wurden, können als Gradmesser der Situation angesehen werden: Als größter Mangel wurde auf allen Gebieten die zu geringe Schulung der Laienkräfte empfunden und darum allen Ländern angeraten, solche Schulungszentren zu errichten. Die Notwendigkeit der Koordination der oft nebeneinander am gleichen Ort arbeitenden Organisationen wurde besonders betont. Die aktive Teilnahme aller Katholiken am politischen und sozialen Leben ihrer Heimatländer wurde als dringendstes Anliegen hervorgehoben. Was die Lage der bäuerlichen Bevölkerung angeht, so wurde festgestellt, daß den wirtschaftlichen und sozialen Belangen des Landvolkes bisher nicht genügend Rechnung getragen wurde und daß dadurch die Anfälligkeit dieses Bevölkerungsteils gegenüber dem Kommunismus erhöht sei. Vom Plan einer katholischen Tageszeitung in englischer Sprache für Gesamtasien wurde zunächst Abstand genommen, da bei den großen Entfernungen dieses Kontinents die technischen Schwierigkeiten für eine schnelle Nachrichtenverbreitung zu groß sein dürften. Doch soll evtl. ein eigenes allasiatisches Informationszentrum in Manila errichtet werden. Was die „Frau und die Familie“ angeht, so war es verhältnismäßig schwierig, hier eine gemeinsame Grundlage zu finden, da die Frau, obwohl vor dem Gesetz meist gleichberechtigt, doch in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maß die Familie und das öffentliche Leben beeinflusst. Als Aufgaben der Frau in Asien wurden bezeichnet: das Beste der Bräuche und Traditionen der Vergangenheit in christlichem Geist zu erneuern und in das Familienleben einzubauen, regeren Anteil am öffentlichen Leben, vor allem auf dem ihr besonders eigenen Gebiet der Erziehung und der Landfragen zu nehmen, der Praxis der Geburtenkontrolle mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten und für rechte Vorbereitung auf christliche Ehe und christliche Mutterschaft Sorge zu tragen.

Abschluß der Tagung

Auf der Schlußsitzung ergriff Kardinal Gracias das Wort, um noch einmal die große Chance zu betonen, die der

Anruf zur Mitarbeit am hierarchischen Apostolat der Kirche den Laien heute bietet. Er warnte vor einzelnen Gefahren: vor der Häresie der guten Werke, die den Übereifrigen leicht befällt, vor der „Verherrlichung des Fleisches“, die nur ein verfeinerter Materialismus sei. Er wies demgegenüber auf die Freiheit und Weite der Kirche, auf ihre Einheit in der Liebe hin, die sich auch in der Arbeit jedes einzelnen Laienapostels offenbaren muß.

Am Schlußtag, dem 8. Dezember, pilgerten von 4 Uhr in der Frühe an von allen Pfarreien Manilas Sternprozessionen zu einem großen zentralen Platz, der Luneta. Dort fand im ersten Schein der Morgenröte eine heilige Messe statt, die viele Tausende mitfeierten. Am Abend fand auf dem gleichen Platz eine gewaltige Schlußkundgebung statt, an der etwa 200 000 Menschen teilnahmen. Aus allen Teilen der Philippinen waren aus den verschiedenen Wallfahrtsorten 24, z. T. sehr alte Marienbilder nach Manila gebracht worden, die nun in großem, eindrucksvollem Zug, von Scheinwerfern und Fackeln begleitet, zu diesem Platz getragen wurden. Lieder in der Sprache der Eingeborenen, in Latein, Spanisch und Englisch erklangen zum Lob der Unbefleckten Empfängnis. Die Weihe an das Unbefleckte Herz Mariens sprach für die Philippinen Frau L. B. Magsaysay, die Frau des Präsidenten der Philippinen. Damit schloß der Kongreß, der ohne Zweifel dazu beigetragen hat, daß das Motto, das in großen Buchstaben über dem Podium des Versammlungssaales stand, „Asia for Christ“, von den Laien dieses gewaltigen Kontinents in die Wirklichkeit ihres Alltags übersetzt wird.

Aus den Missionen

**Die Behebung
der Priesternot
in Korea.
Missionsgebets-
meinung für
April 1956**

Es war das Schicksal der Koreamission, daß sie stets im Schatten des Weltapostolats stand. Ein Franz Xaver richtete seine Blicke zuerst auf Japan, dann auf China, das Japan seine Kultur vermittelt hatte, nicht aber auf die Landbrücke zwischen beiden Reichen, wo ein Volk lebte, das damals schon auf eine Geschichte von mehreren Jahrtausenden zurückblicken konnte und aus eigenen Erfindungen Japans äußere Kultur bereichert hatte. Das koreanische Volk stellt eine Mischung arisch-kaukasischer und mongolisch-polynesischer Völker dar und dokumentiert so auch durch die blutmäßige Zusammensetzung seine geographische Lage am Treffpunkt der Kulturen des Ostens. Jahrhundertlang war es China tributpflichtig, um im Zeitalter der jüngsten europäischen Kolonialgeschichte (1867) in den Machtbereich Japans zu gelangen, das Korea dann bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fast 40 Jahre lang als Kolonie verwaltete, dabei gleichzeitig den Versuch machte, ihm sein eigenes kulturelles Gepräge aufzudrängen. Heute steht der Norden äußerlich unter chinesischem Einfluß, innerlich aber wird er von den Russen beherrscht, die seine reichen Bodenschätze mit ihren Technikern ausbeuten, und man kann bei der noch vorhandenen inneren und äußeren Abhängigkeit des kommunistischen Chinas vom kommunistischen Rußland sagen, daß im Norden des zweigeteilten Landes die Russen herrschen, während im Süden die Amerikaner den kommunistischen Vormarsch vorläufig abgestoppt haben.

In der ersten neuzeitlichen Kolonialperiode lebte Korea in strenger Abgeschlossenheit von den Fremden und er-

hielt so im Westen den Titel des „Einsamen Königreichs“. Diese Selbstisolierung des Landes war nicht nur dem koreanischen Volkscharakter gemäß — die Koreaner galten als ein Volk der Dichter und Denker, das „zwischen den Zeiten“ lebte —, sondern auch ein Gebot der Selbsterhaltung einer Nation, die zwischen zwei volkskräftigen Nachbarationen lebte.

Es ist bekannt, daß Koreaner den Katholizismus von Peking aus selbst ins Land lockten, und zwar nach Lesung eines Religionsbuches von P. Ricci SJ, das nicht etwa den Abklatsch eines westlichen Katechismus darstellte, sondern aus dem Geiste der Anpassung an ostasiatisches philosophisches Denken geschrieben war. Im Mißverstehen der kirchlichen Grundstruktur gab sich die erste Gemeinde sogar selbst eine bischöfliche Hierarchie, um diese dann nach Belehrung über die Unmöglichkeit dieses Vorgehens wieder aufzulösen. Wäre es nach einer kurzen Übergangszeit, in der etwa chinesische Priester von Peking aus den Glauben eingepflanzt hätten, gelungen, eine koreanische Kirche mit koreanischer Hierarchie aufzubauen, so hätten wir heute in Korea das Musterbeispiel einer in organischer Berührung mit einer anderen asiatischen Kirche im örtlichen Kulturboden gewachsenen christlichen Gemeinschaft, die nie in der kompromittierenden Nähe der westlichen politischen Expansion stand. Die Verhältnisse machten es aber notwendig, daß westliche Missionare unter Verkleidungen immer wieder versuchen mußten, einer von koreanischen Laien getragenen Christenheit Priester zu geben, und zwar in einer Zeit, wo sich Korea instinktiv gegen die westliche Überfremdung zur Wehr setzte. Die schweren Christenverfolgungen in Korea sind nur im Zusammenhang mit der politischen Lage zu erklären, wie man sie in Korea sah. Der Einsatz chinesischer Priester war wegen der beginnenden Verfolgung der Kirche in China an sich schon aufs äußerste erschwert. Dazu kam dann, daß die Koreaner sich auch gegen den Einfluß Chinas aus einem berechtigten Selbsterhaltungstrieb wehrten. Chinesische Priester standen im Verdacht, einem chinesischen „Imperialismus“ hörig zu sein, während die Priester der westlichen Kirche ohne weiteres mit dem Machtstreben der Weißen im Fernen Osten in Verbindung gebracht wurden. Nach Lage der Dinge blieb Koreas religiös-christliches Schicksal an den opfervollen Einsatz des Westens gebunden, der seine missionierende Kraft aber erst voll entfalten konnte, als Korea unter dem Druck der westlichen Mächte vertraglich gesicherte Freiheit für das Christentum gab.

Versäumte Gelegenheiten

Die Zeit für einen kraftvollen Einsatz der katholischen Mission war also erst in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gegeben, als im neugewonnenen Frieden die Bekennerkirche Koreas ihre durch die Verfolgungen zersprengten Katholiken sammelte und ihre kirchliche Organisation wiederherstellte. Die damals gebotene Gelegenheit ist aber schlecht genutzt worden. Bis 1920, als die deutschen Missionsbenediktiner von St. Ottilien nach Nordkorea kamen, war nur eine Missionsgesellschaft in Korea tätig, das Weltpriester-Institut für auswärtige Missionen zu Paris. Dieses Institut hatte die opfervollen Anfänge des Apostolats in diesem Lande gestartet und in den Jahrzehnten der Verfolgung — in denen oft überhaupt kein Priester mehr in Korea weilen durfte — hier heroische Opfer gebracht. Als sich 1882 Korea durch Verträge mit den Vereinigten Staaten dem Westen erschloß, hätte man

einen umfangreichen Neueinsatz von Kräften wagen müssen. Aber Korea blieb im Schatten des Weltapostolats. Die wenigen Missionare zogen durch das Land, um die durch die Verfolgung in die abgelegensten Gebiete versprengten Christen zu sammeln, während die Protestanten unter amerikanischer Führung einen zentralen Einsatz auf dem Gebiete des Unterrichtswesens und des sozialen Dienstes unternahmen und zugleich das boten, was die katholische Kirche im eigenen Bereich so bitter brauchte: eine stärkere Ausstrahlung des Christentums in die weltlichen Kulturräume. Erschwerend kam hinzu, daß das Einsatzsystem der Pariser Missionsgesellschaft im ganzen Fernosten den isolierten Einsatz von Priestern in Missionspfarreien bevorzugte und seiner ganzen Struktur nach für den Aufbau zentraler kirchlicher Institutionen für die Kulturbereiche wenig geeignet war. Damals hätten einige moderne Orden in Korea zusätzlich ein kulturell gründlich unterbautes Bildungsapostolat begründen müssen. Europäische Schwestern- und Schulbrüderkongregationen hätten ein prächtiges Arbeitsfeld gefunden. Aber wer interessierte sich damals für die Koreamission? Die Dinge liegen selbst heute noch im Bildungssektor nicht viel besser. Die Salesianer haben in Korea eine technische Schule eröffnet. Deutsche Missionsbenediktinerinnen gingen zur Gründung von Schulen nach Nordkorea. Aber als der katholische koreanische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Prof. Myung Chang, sofort nach der von ihm in Paris erreichten Zulassung seines Landes zur UN sich nach Rom begab, um für das so dürftige katholische Schulwesen Koreas neue Kräfte zu gewinnen, „waren seine Tage mit einer Wanderung von einem religiösen Institut zum anderen ausgefüllt. Die Tage waren verloren: Die Oberen der Missionsgesellschaften hatten keine Leute zur Verfügung“ (Osservatore Romano, 20. 5. 54). Als kostbare Hilfe in der Missionsseelsorge kamen 1920 die deutschen Benediktiner, viele Jahre später die amerikanischen Maryknoller und die dynamische Gesellschaft vom hl. Kolumban (Iren). Das so grausam von den Kommunisten zerschlagene Werk der Missionsbenediktiner hatte für die Koreamission unermesslichen Wert. Ihre Arbeit, um eine große Abtei gruppiert, ging endlich in die Tiefe, weil benediktinische Missionsmethode die Einzelbekehrung immer in den Rahmen einer gründlichen Volkschristianisierung stellt, und zwar unter allmählicher Durchdringung des ganzen Kulturuntergrundes.

Katholische Versäumnisse um die Jahrhundertwende gestatteten es dem soviel später ins Land gekommenen Weltprotestantismus, unter amerikanischer Führung und unter Spezialisierung auf das Bildungswesen, den Katholizismus bald zu überflügeln. Im Jahre 1923 standen 60 ausländischen und 22 einheimischen Priestern sowie einem hervorragend tüchtigen, aber kleinen, schlechtbezahlten Katechistenkorps auf katholischer Seite 542 ausländische protestantische Pastoren, 611 einheimische Geistliche und 1449 hauptamtliche, gutbezahlte Seelsorgs- und Schulhelfer gegenüber. Heute zählt Korea doppelt soviel Protestanten wie Katholiken. Ein großer Teil der heutigen Führungsschicht Koreas ging durch die protestantischen Schulen. Der Präsident ist Methodist, bindet sich freilich nicht mehr an irgendein konkretes Glaubensbekenntnis der bestehenden christlichen Gemeinschaften des Landes, zieht vielmehr ein „allgemeines Christentum“ vor, nicht zuletzt aus politischen Gründen. Die katholische Kirche zählt nur rund 220 000 Mitglieder bei einer Gesamtbevölkerung von

über 30 Millionen, von denen weit über 20 Millionen in Südkorea leben. Man schätzt die Zahl der Katholiken im Norden, die ursprünglich 70 000 betrug, auf 30 000 bis 40 000. Sie sind ohne Priester, und der Episkopat Südkoreas will, nachdem Dutzende einheimische Priester dort der Kommunistenverfolgung zum Opfer fielen, keinen der im Süden lebenden Priester zum Norden senden, weil sie dort sofort verhaftet bzw. auf immer verschwinden würden. Der Protestantismus ist noch immer mächtig im Süden. Zwar verliert er wegen seiner starken Aufspaltung gerade heute an Ansehen, während der Katholizismus immer stärker als geschlossene Einheit die Öffentlichkeit beeindruckt. Der moralische Gewinn, den die Kirche daraus ziehen mag, ist allerdings unbedeutend im Vergleich zu dem Verlust an Ansehen, den das Gesamtchristentum wegen seiner Spaltungen in einem Volke erleidet, das kaum 2% Christen aufweist.

Um den wahren Sinn des Laienapostolats

Als ein weiteres Versäumnis könnte es erscheinen, daß man den Willen der Laien zu selbstverantwortlichem Apostolat im Sinne der Katholischen Aktion von heute zu einseitig auf die Ergänzung der priesterlichen Funktion festlegte. Korea erhielt den Glauben ja durch Laien, und es gibt in Korea keine katholische Gemeinde, in der nicht der Laie vor dem Priester als Apostel erschienen wäre. Gewiß war das Wirken der Laien in den außerkirchlichen Raum hinein durch den Mangel an innerer Ausrüstung der Kirche für eine Ausstrahlung in die Kulturräume gehemmt. Gewiß fehlte es der Kirche bis in die jüngste Zeit hinein, wo auch Mittelstand und geistige Elite ihr in zunehmendem Maße Neuchristen zuführen, an einer Intelligenzschicht. Aber es ist doch eine falsche Sicht dessen, was Korea nottut, wenn noch vor kurzem ein Berichterstatter der „Agenzia Fides“ aus Korea unter Hinweis auf die Tätigkeit der Katechisten schrieb, die Katechisten-Institution sei die Korea gemäße Form der Katholischen Aktion. Begreiflich ist es allerdings, daß die viel zu geringe Priesterzahl den Klerus fast zwang, den guten Willen der Laien, der sich überall zeigte, für die Hilfe in der Seelsorge mit Beschlag zu belegen. Ebenso zwangsläufig ergibt sich daraus aber, daß die Laien das Apostolat gerade jener Bezirke des außerkirchlichen Lebens vernachlässigen müssen, wo sie allein der alles durchdringende Sauerteig sein können. Diese Betrachtung führt zu der Folgerung, daß Korea mehr Priester braucht, um eine echte Katholische Aktion in die Breite und Tiefe der Volkskultur vorzubereiten. Die augenblickliche Priesterzahl (87 ausländische und 195 koreanische Priester) reicht dazu nicht aus, da diese Priester mit der Seelsorge und dem Einzelunterricht gebildeter Taufbewerber überbeschäftigt sind. Erst wenn die Kirche im Kulturboden eine breitere Basis gefunden hat, wird es ihr auch gelingen, den von ihr herangebildeten einheimischen Priestern eine qualifizierte katholische Laienschaft an die Seite zu stellen, die diese im außerseelsorglichen Bereich entlastet, geistig stützt und ihnen das Gefühl der geistigen Vereinsamung im Kulturleben und im gesellschaftlichen Leben der Nation nimmt.

Neues kulturelles Wollen

Eine der besten Nachrichten aus Korea ist, daß im Frühjahr 1956 endlich eine Katholische Universität zu Seoul eröffnet werden soll, nachdem man noch vor zwei Jahren

den Plan für undurchführbar hielt. Damit greift man gleich zur Spitze der Bildungspyramide, deren Unterbau (das höhere katholische Schulwesen) noch sehr schwach entwickelt ist. Die Vizeprovinz der Jesuiten von Wisconsin (USA) hat die schwere Aufgabe der Universitätsgründung übernommen. Für Studentinnen hatte der einheimische Bischof von Taegu, der vielleicht geistig regsten Stadt Koreas, schon 1952 ein Universitätskolleg (für Literatur, Hauswirtschaft, Musik und Pharmazie) begonnen, das aber wegen Mangel an Mitteln und geeigneten Dozenten schwer um seine Existenz ringt. Bischof Ro von Seoul schuf schon vor zwei Jahren in Form eines medizinischen Vorbereitungskollegs die Grundlage für eine medizinische Fakultät. Man wird alle diese Elemente einer Hochschulgründung nun in der Katholischen Universität Seoul vereinigen können. P. Geppert, der frühere Rektor der Sophia-Universität Tokyo, hat seit 1½ Jahren die Neugründung vorbereitet, mit der die Gesellschaft Jesu erstmalig in der Geschichte eine Aufgabe im Lande der Morgenstille übernimmt. Da sich heute in Seoul das Zentralseminar für alle Priesterkandidaten Koreas befindet, wird man ähnlich wie in Tokyo die Priestervorbildung in geistigem Kontakt mit der Katholischen Universität gestalten können, zum Segen für die zukünftigen Priester und die katholischen Laienakademiker.

Es ist zu hoffen, daß nun auch besser die ungeheuere Not Koreas an katholischer Literatur behoben werden kann. In einem Lande mit einem sehr hohen Prozentsatz von Menschen, die lesen und schreiben können, vermochte vor zwei Jahren ein Gestell von 30 cm Breite die einzigen 30 Bücher und Büchlein zu fassen, die an katholischer Literatur in koreanischer Sprache käuflich waren. Es handelt sich um Katechismen, Erbauungsbücher und Schriften über die katholische Lehre. Das um 1900 übersetzte Neue Testament kann wegen seiner altertümlichen Sprache von der Jugend ohne Spezialstudium überhaupt nicht mehr verstanden werden, es ist übrigens in den meisten Vikariaten nicht einmal mehr käuflich zu haben. Die Episteln und das Missale wurden um 1942 übersetzt, dazu einige abendländische asketische Bücher und Heiligenleben. Man kann kein für das Volk geschriebenes Leben Christi, keine Biblische Geschichte, keine Geschichte der Kirche Koreas, keine allgemeine Kirchengeschichte, keine Biographie des seligen Andreas Kim (eines im Jahre 1846 für den Glauben gestorbenen einheimischen Priesters), kein Werk katholischer Dichtung in koreanischer Sprache kaufen. In den weltlichen Buchhandlungen des Landes ist überhaupt kein in Koreanisch geschriebenes katholisches Buch erhältlich. Die einzige größere Darlegung des katholischen Glaubens, die in Amerika zur Gewinnung von Protestanten unter dem Titel „Der Glaube unserer Väter“ geschrieben und von einem gebildeten katholischen Laien ins Koreanische übersetzt wurde, ist seit längerer Zeit ausverkauft. An Presse-Erzeugnissen stehen den Katholiken eine Monatschrift (Auflage 6000) und eine kleine katholische Halbmonatszeitung (Auflage 8000) zur Verfügung. Dabei hatte Korea 1949 einen Papierverbrauch, der, pro Kopf der Bevölkerung berechnet, jenem der Vereinigten Staaten nahe kam. (Vgl. Hygin RI [koreanischer Priester] in: „Mission Bulletin“, Hongkong Nr. 2, 1955, S. 175, sowie den Bericht von P. Patrick O'Connor über das Problem der katholischen Literatur in Korea, NCWC-News-Service, Washington, 29. 3. 1954.) Daß unter solchen Umständen auch die Priesterbildung in Korea weitestgehend auf die

Benutzung von Büchern, die in abendländischen Sprachen und in abendländischem Geiste abgefaßt sind, angewiesen ist, versteht sich von selbst. Wenn jetzt Bischof Ro von Seoul in Deutschland um Bücher für die noch leerstehende Bibliothek seines neuen Priesterseminars in Seoul wirbt, so soll man ihm das Beste schicken, was das christliche Abendland hier besitzt, aber man muß der Kirche Koreas helfen, daß sie Priester und Laien heranbildet, die eine koreanische katholische Literatur schaffen. Nichts vermag besser die alarmierende geistige Not einer Kirche, die jährlich 15 000 Neudriften gewinnt, während sich 25 000 in Katechumenenunterricht befinden, so stark zu beleuchten wie das ungeheuerliche literarische Vakuum des Katholizismus in Korea. Es ist hochehrfrohlich, daß sich jetzt in verschiedenen Vikariaten des Landes ein paar Dutzend großer neuer Kirchen erheben, zu deren Bau die amerikanischen Katholiken und die katholischen Soldaten der 8. USA-Armee materiell am meisten beigetragen haben. Es ist erfreulich, daß die Bevölkerung zweier starkbesiedelter Inseln an der Küste, von Laien vorbereitet, sehnsüchtig auf Priester wartet, die man ihnen zur Stunde noch nicht geben kann. Aber das Notwendigste ist, daß die Diskrepanz zwischen äußerem Wachstum der Kirche und armseliger geistiger, kultureller Zurüstung mit Hilfe des Weltkatholizismus bald beseitigt wird. Korea ist nicht nur in der Frage des Priester mangels „der dringendste Fall“ der Stunde, wie E. Pelligrino am 20. 5. 54 im „Osservatore Romano“ schrieb, sondern auch in der Frage der geistig-kulturellen Unterbauung der Kirche in einem 30-Millionenvolk. Man kann die Verantwortung für die augenblickliche Situation nicht auf die wenigen europäischen Seelsorgspriester des Landes werfen, die seit Jahrzehnten mit Seelsorgsaufgaben unmittelbarer Art in einer zu höchsten Prozenten praktizierenden Gemeinschaft ausgelastet sind. Auch der Hinweis darauf, daß Japan in 40 Jahren der Besetzung des Landes koreanische Sprache und Kultur eher niederhielt als förderte, kann nicht entscheidend als Entschuldigung geltend gemacht werden. Klar und eindeutig ist hier die Verantwortung der Gesamtkirche festzustellen.

Priestermangel und Reichtum an Priesterberufen

Auf dem hier umfassend skizzierten Untergrund muß man die herrschende Priesternot in Korea sehen. Es gibt Dutzende von katholischen Gemeinden (so im Apostolischen Vikariat Taegu, wo jetzt die deutschen Missionsbenediktiner im ewigen katholischen Glaubensoptimismus nach furchtbaren Priesterverlusten im Norden zu Wäkwan einen neuen Anfang mit einem Klösterchen machen), die nach Priestern rufen, denen man sie aber nicht zur Verfügung stellen kann. Noch lange nicht sind auch die durch die Kriegsgeschehnisse und die Flüchtlingswelle aus dem Norden durcheinandergewürfelten oder versprengten Katholiken überall gesammelt. Es ist höchster Anerkennung wert, daß jetzt über Rußland nach vieljähriger härtester Gefangenschaft zurückgesandte deutsche Benediktiner sich wieder rüsten, das alte Arbeitsfeld Korea aufzusuchen bzw. daß sie dort schon wieder tätig sind. Bischof Ro hat bei seiner Reise durch die deutschen Bistümer überall flehentlich gebeten: „Schickt uns Priester“, und er hat auf dem Flugplatz in Seoul einem einreisenden deutschen Benediktiner erklärt, er wünsche sehnlichst viele deutsche Priester. Die Kirche Koreas ist arm, bettelarm, aber reich an spiritueller Dynamik, demütig in ihrer Not, unendlich

bescheiden in ihren Bitten. Diese Bitten gehen auf die absoluten Lebensnotwendigkeiten einer Kirche, die augenblicklich zu den allerbesten Hoffnungen berechtigt. Der Apostolische Delegat in Korea, Msgr. Quinlan, erklärte im Vorjahr: „In einer phänomenalen Weise wenden sich Intelligenz und Volksmassen der Kirche zu. Unsere größte Not ist heute: wir brauchen mehr Priester, mehr Schwestern, mehr Katechisten. Der Mangel kann nur beseitigt werden, wenn mehr Ordensgenossenschaften nach Korea kommen.“ Korea hat ungefähr ein Drittel seines Klerus als Opfer der Kommunistenverfolgung zu beklagen. Die Verluste an einheimischen Priestern sind noch härter als jene an ausländischen Missionaren. Aber bei den ausgezeichneten Möglichkeiten für einen starken Priesternachwuchs können sie in einer Reihe von Jahren ohne weiteres ausgeglichen werden. Hier zeigt sich die kernhafte Gesundheit des koreanischen Katholizismus. Aber es fehlen zur Zeit die Mittel zur Heranbildung von Priestern. Es fehlen vor allem die Seminargebäude. Um dem Klerus des Landes bei Einsatz bester Professoren eine gediegene Ausbildung vermitteln zu können, hat man im Zentralseminar von Seoul die ganze Kleruserziehung zentralisiert. Ein vorhandenes, vom Kriege schwer mitgenommenes Gebäude wurde mit Hilfe der amerikanischen Armee notdürftig wiederhergestellt. Die Räumlichkeit reicht jedoch für das Zentralseminar bei weitem nicht aus. Man begann mit einem Neubau. Als er einen Meter über die Erde hinausgewachsen war, mußte man ihn wegen Mangel an Mitteln stilllegen. Jetzt ist durch ausländische Hilfe die Vollendung des Baues gesichert. Aber es fehlt noch die Einrichtung. Infolge der Umstände hat man die Zulassung von Kandidaten zum Priestertum seit langem „kontingentiert“ (!), und zwar unter Anwendung eines Schlüssels, dem die Seelenzahl der einzelnen Apostolischen Vikariate zugrunde gelegt wurde. Man nahm nur eine geistige und körperliche Elite, Söhne altchristlicher Familien mit den allerbesten Schulzeugnissen auf. Wo sonst in der Welt mußte man zu solcher Auslese von Priesterkandidaten seine Zuflucht nehmen? Mit großer Befriedigung wird die Kirche Koreas zur Kenntnis nehmen, daß der deutsche Episkopat die Kollekte zum achtzigsten Geburtstag des Papstes dem Jubilar als Gabe für die Heranbildung von Priestern in Korea zur Verfügung stellte.

Ein koreanischer Priester, der schon genannte Hygin RI, schloß eine Betrachtung über die Lage seines Volkes („Mission Bulletin“, Februar 1955) mit folgenden Worten:

„Trotz der kleinen Gesamtzahl der Katholiken ist die Gewinnung Koreas für das Christentum an einem kritischen Punkte angelangt. Ganze Volksgruppen wollen ein neues Leben beginnen. Aber es fehlen die geistlichen und die intellektuellen Führer, um dieses große Volk zu orientieren . . . Man muß wünschen, daß ein baldigst befriedetes Korea wieder aufersteht. Aber es besteht die Gefahr, daß dieses Land in Kürze von unzulänglichen und falschen Lehren erobert wird. Das koreanische Problem kann nicht allein militärisch oder finanziell gelöst werden. Die Stunde ist sehr ernst. In dem Augenblick, wo das Land seinen Wiederaufbau beginnt, muß die katholische Kirche präsent sein, um als Zeuge für Christus im neuen Korea eine feste Stellung zu erlangen. Mögen wir Katholiken Koreas auch klein an Zahl sein, so wollen wir doch das Heil unseres Landes und unserer Kirche sichern, indem wir Initiativen von entscheidender Bedeutung in dieser Stunde ergreifen, hauptsächlich solche, die der Organisation einer religiösen

und gesellschaftlichen Erziehung dienen, damit die Menschen Koreas vor den Irrtümern der Zeit bewahrt bleiben. Andernfalls wird Korea eine Nation werden, die sich für lange dem Katholizismus verschließt. Der Erfolg bei diesem Beginnen hängt zum Teil von der brüderlichen Unterstützung der ganzen Christenheit ab.“

Die Presse als mächtigstes Propagandamittel der Kommunisten in China

Der kommunistische Parteistaat in Rotchina hat in den letzten fünf Jahren die Gesamtauflage der Zeitungen um das Fünffache, der Zeitschriften um das Sechsfache und der Bücher um das Fünffache gesteigert; Hand in Hand damit erfolgt die Erziehung zum Lesen und Schreiben und der Rückgang des Analphabetentums (der kommunistische Wortschatz ist ja bekanntermaßen nicht sehr groß und seine Schriftzeichen sind ungleich leichter zu erlernen als die der reichen alten chinesischen Kultursprache). Die gedruckten Publikationsmittel gelten als „das populärste und mächtigste Mittel der Verbindung der Partei mit den breiten Volksmassen und der Erweiterung ihres Einflusses“, um „die nicht zu besiegenden Ideen des Marxismus-Leninismus in die Massen hineinzutragen, die Politik der Kommunistischen Partei Chinas zu propagieren und die breiten Massen der Werktätigen zum Kampf für den Sieg der Volksdemokratie und der sozialistischen Revolution zu begeistern und zu organisieren“.

In China gibt es gegenwärtig 181 Verlage, die im Jahr 1954 940 Millionen Exemplare verschiedener Bücher veröffentlichten. Neben einer ungeheuer großen Zahl von lokalen, meist betrieblichen Wandzeitungen (einer typisch chinesischen Presseform) gibt es 265 Tages- und Wochenzeitungen mit einer Auflage von 9,4 Millionen Exemplaren und 305 Zeitschriften in 12,5 Millionen Exemplaren; sie sind im wesentlichen nach dem sowjetrussischen Muster gestaltet und organisiert. Nach ihrer Auflagenhöhe sind die größten Zeitungen und Zeitschriften:

- die Kinderzeitschrift „Chung Kuo Shao Nien Pao“, wöchentlich 1,8 Millionen;
- die Jugendzeitschrift „Chung Kuo Ching Nien“, vierzehntäglich 1,75 Millionen;
- die politische Zeitschrift „Shih Shih Shou Tseh“ (Handbuch der Gegenwart), vierzehntäglich 1,25 Millionen;
- das Schulungsblatt der kommunistischen Kader „Hsueh Sih“ (Das Studium), monatlich 1,1 Millionen;
- die gesamtchinesische Parteizeitung „Jen Min Jih Pao“ (Volkszeitung) mit täglich 700 000 Exemplaren.

Wie die letztgenannte Parteizeitung gemacht wird, mag als Beispiel für die kommunistische Pressepolitik dienen. „Jen Min Jih Pao“ hat 200 ordentliche und 300 außerordentliche Redakteure, die ihrerseits von 100 Inspektoren überwacht werden. Diese journalistische Armee gibt täglich ein Blatt von ganzen vier Seiten heraus. Artikelbeiträge müssen einen Monat vor Veröffentlichung eingereicht werden, damit sie von den Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei und den Ministern geprüft und begutachtet werden können.

Seit 1. Januar 1956 sind die chinesischen Schriftzeichen in der Presse nicht mehr wie bisher von oben nach unten angeordnet, sondern laufen horizontal von links nach rechts; dadurch wird eine wesentlich wirksamere Zeitungsgestaltung möglich (z. B. Überschriften jetzt *über* dem Aufsatz). Seit 1. Februar werden in den Regierungs- und Pressever-

öffentlichungen anstelle der bisherigen mehreren tausend Schriftzeichen nur mehr etwa fünfhundert vereinfachte Zeichen verwendet. Diese Maßnahmen der kommunistischen Regierung gelten als die ersten Schritte zu der erwarteten Abschaffung der chinesischen Schrift überhaupt. Die Einführung der lateinischen Schrift würde den Lese- und Schreibunterricht gewaltig vereinfachen und die Wirksamkeit der kommunistischen Pressearbeit noch weiter verstärken. Schon jetzt werden in den kommunistischen Schulen die Vorbereitungen für eine Umstellung des Unterrichts getroffen. Auch für eine einheitliche Sprache für ganz China (statt bisher mehrerer hundert Dialekte) liegt bereits ein Regierungsentwurf vor.

Die Kirchenverfolgung in China

Seit Mitte Januar treffen in Hongkong Nachrichten ein, nach denen die neue Verfolgungswelle, die die Katholiken Chinas seit dem 8. und 9. September 1955 zuerst in Schanghai, dann in den Provinzen Kiangsu, Chekiang, Fukien, Anhwei und Hupeh getroffen hatte und deren folgenschwerstes Ereignis die Gefangennahme Bischof Kungs von Schanghai war, auch auf viele andere Gebiete des Landes übergegriffen hat. Eine Meldung aus Hongkong vom 11. Januar faßt die Lage nach den Ereignissen des September zusammen: von ausländischen Missionaren befanden sich am Jahresende 1955 in China noch 29, nämlich 2 Bischöfe, 14 Priester und 13 Schwestern. 12 von diesen sind gefangengesetzt. Die neue Verfolgungswelle betraf zum erstenmal fast ausschließlich chinesische Katholiken, sowohl Priester wie Laien. 2 Bischöfe, 98 Priester, 12 Brüder und mindestens 4000 Gläubige sind in den eben genannten Provinzen gefangengenommen worden. Diesmal handelt es sich um eine durchgreifende Maßnahme gegen alle Katholiken, die nicht zur „Unabhängigen katholischen Kirche“ und zur progressistischen, von Rom getrennten Organisation der „Patriotischen Priester“ übertreten wollen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 118 ff.).

Den chinesischen Priestern gegenüber wendet die kommunistische Regierung schon lange, wie Anfang Januar aus Hongkong gemeldet wurde, das System der sogenannten „rotierenden Gefangenschaft“ an, d. h. ein Teil des Klerus wird periodisch gefangengesetzt und dann wieder freigelassen. Dieses zermürbende Verfahren, das die Priester in einem Zustand ständiger Angst und Unsicherheit hält, soll offenbar ihren Widerstand gegen den Übertritt in die „Unabhängige Kirche“ brechen. Dennoch bleibt es unwahrscheinlich, daß diese „Chinesische Volkskirche“ inzwischen durch Überredung und seelischen Druck sehr viele Anhänger gewonnen hat.

Am 21. Januar meldete der Fides-Nachrichtendienst dann, seit Anfang Dezember habe die Verhaftungswelle auch auf Peking und auf den Süden, vor allem auf Kanton und auf den rotchinesischen Teil der Diözese Hongkong übergegriffen. Namentlich weiß man, daß in Peking 13 chinesische Maristenpriester, in Kanton mehrere chinesische Weltpriester, im rotchinesischen Gebiet von Hongkong vier chinesische Weltpriester verhaftet worden sind. Die Beschuldigungen sind immer die gleichen: revolutionäre Umtriebe, Widerstand gegen die Regierung, Spionage für die Imperialisten. In Wahrheit bleibt die Verbindung mit Rom der Stein des Anstoßes — deren Be-

deutung ja bekanntlich nicht einmal die anderen Christen, selbst wenn sie mitten unter uns leben, geschweige denn ein fernöstliches kommunistisches Regime verstehen kann.

Seit dem 10. Dezember schreibt die Presse in Peking ständig über den verhafteten Bischof von Schanghai, dem vor allem vorgeworfen wird, daß er den „patriotischen Katholiken“ die Sakramente verweigert hat. Man behauptet auch, er habe versucht, einen bewaffneten Widerstand gegen die Regierung aufzuziehen. Illustrationen und Rundfunksendungen beteiligen sich an der Stimmungsmache. Aus der Heftigkeit dieser Pressekampagne wird geschlossen, daß die Regierung vielleicht einen Schauprozeß gegen den Bischof vorbereitet. (Vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 120.)

Die indischen Bischöfe gegen den Kommunismus Die Kirche in Indien steht mit an erster Stelle unter den christlichen Gruppen Asiens, die sich bewußt sind, daß heute die katholische Kirche das einzige wirklich unerschütterliche Bollwerk gegen die Lehren des Kommunismus in Asien bildet. Kardinal Gracias von Bombay, der eben erst als führende Gestalt auf dem Ersten Kongreß des Laienapostolats für Südostasien in Manila aufgetreten war (vgl. ds. Heftes, S. 266 ff.), präsierte kurz darauf, vom 14. bis 19. Dezember, in Nagpur den ersten katholischen Landeskongreß Indiens für das Laienapostolat, an dem ungefähr 300 Delegierte teilnahmen. Der Kongreß schloß mit einem Aufruf an die indischen Katholiken zur Bekämpfung des Kommunismus.

Eine Erklärung der Bischofskonferenz

Wenig später fand in Bangalore der alljährliche Nationalkongreß der indischen Bischöfe statt. Sie gaben zu Weihnachten in Übereinstimmung mit den übrigen südostasiatischen Bischöfen eine Erklärung heraus, die sich wiederum wesentlich gegen „diesen neuen und tödlichen Feind“ richtete und zu der sozialen Erneuerung aufrief, die allein dem Kommunismus den Boden abgraben kann. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Bewegung zugunsten politischer und sozialer Wandlungen, die in diesem letzten Jahrhundert unter verschiedenen Formen alle Länder Asiens interessiert hat, ist wesentlich ein Ausdruck der rechtmäßigen Ansprüche der asiatischen Völker auf nationale Unabhängigkeit, politische Demokratie und soziale Reformen. Als solche verdient sie in der ganzen Welt die Unterstützung der katholischen Kräfte.

In ihrer authentischen Form ist diese Bewegung der rechtmäßige Protest gegen einen nunmehr überwundenen Kolonialismus und gegen die wirtschaftliche Ausbeutung gewesen und hat den asiatischen Kontinent zum größten Teil von diesen parasitären Übeln befreit. Heute ist diese Bewegung ihrerseits von einem neuen und tödlichen Feind bedroht: dem Imperialismus des internationalen Kommunismus. Wie die Völker Asiens gegen die alten Übel des Kolonialismus protestiert haben, so müssen sie jetzt die Bemühungen des marxistischen Kommunismus zurückweisen, der die asiatische Freiheitsbewegung zu seinen eigenen finsternen Zwecken auszunutzen sucht.

Die normalen Grundlagen der asiatischen Gesellschaft — die Familie als grundlegende soziale Einheit; das Dorf als

erster Kern des Gemeinschaftslebens; eine gesunde Landwirtschaft als Grundlage einer sich entwickelnden Wirtschaft — haben die Probe der Dauer bestanden, und wir müssen dafür sorgen, daß sie um jeden Preis bewahrt werden. Darum müssen alle technischen Neuerungen, die in die asiatischen Länder eingeführt werden können und müssen, um die Ertragnisse des Wirtschaftslebens zu steigern, benutzt werden, um diese grundlegenden Einrichtungen zu stärken, nicht zu zerstören. Eine übermäßige und unausgeglichene Industrialisierung, ein unsozialer Kapitalismus in all seinen Formen ebenso wie die Herrschaft des Kommunismus zerstören die asiatischen Überlieferungen; darum müssen wir uns ihnen widersetzen. Man muß die Familienbetriebe, die sich rentieren, den kleinen Grundbesitz, die Kooperativen, das Handwerk und die Familienindustrie, die kleinen dezentralisierten Industrien ermutigen. Die Regierungsunternehmen der Urbarmachung, der Trockenlegung der Sümpfe, Bewässerungsarbeiten und Entwicklung der Energiequellen, Kreditinstitute müssen diesen letzteren Zielen dienen und nicht den oben erwähnten.

Der Absentismus der Großindustriellen und Großgrundbesitzer, die keine Arbeitssicherheit gewähren und den Bauern kein Eigentumsrecht am Boden einräumen, ist dem vom Christentum inspirierten und gewünschten Gesellschaftstyp diametral entgegengesetzt.

Die jüngst in Asien entstandenen Nationen sind nicht nur vom Kommunismus und von den Überbleibseln des Kolonialismus bedroht, sondern auch von den nationalen Gegensätzen, die sich zwischen den asiatischen Völkern selber zu zeigen beginnen. Es würde einen Verrat an den Hoffnungen von Millionen von Asiaten bedeuten, wenn das Endergebnis des Kampfs um die nationale Freiheit ein übersteigerter Nationalismus sein würde.

Um alles, was in der asiatischen Freiheitsbewegung Gutes ist, zu ermutigen und um alle inneren und äußeren Übel zu verjagen, die sie bedrohen, sind Männer und Frauen nötig, die sich völlig dem Dienste Gottes weihen, wo immer sie beschäftigt sein mögen, die ihren Nächsten lieben und das Gemeinwohl über alle Sonderinteressen stellen und sich der Sache Asiens und seiner Bewohner annehmen. Solche Gruppen müssen sich in jedem asiatischen Land bilden; auf ihnen liegt eine ganz besondere Verantwortung, die die Unterzeichner dieser Erklärung anerkennen.“

Eine Botschaft an die Gläubigen

Am „Sonntag der sozialen Gerechtigkeit“ wurde dann in allen katholischen Kirchen Indiens eine Botschaft der indischen Bischofskonferenz verlesen, in der die Bischöfe betonten, daß nur die „echte christliche Soziallehre“ die dringenden Probleme lösen könne, vor denen Indien stehe. Erzbischof Attipetty von Verapoly in Südindien, der der Leiter der Sektion für soziale Aktion bei der indischen Bischofskonferenz ist, hat in einem Kommentar zu dieser Botschaft wiederum auf den Kommunismus verwiesen, der für alle sozialen Probleme Lösungen anbiete, selber aber das schlimmste Übel sei. Er betonte wiederum, daß eine zu rasche Industrialisierung nur Spannungen zwischen Kapital und Arbeitern bringen könne. Er forderte die katholischen Arbeiter auf, „Musterbürger“ zu sein. In der Botschaft der Bischöfe selber hieß es, alle Katholiken müßten „Apostel des sozialen Fortschritts und Fackelträger der christlichen Soziallehre“ sein.